

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Die Notverordnung tritt in Kraft!

F. K. Während draußen im Lande die Welle der Empörung über die Notverordnung weiterbrandet und noch unausgesetzt scharfe Proteste gegen sie einlaufen — ist sie schon unter Dach und Fach. Sie tritt am 1. Juli unabgeändert, ungemildert in Kraft. Das nennt man im Berliner Zeitungsviertel einen „Sieg der Vernunft“. Eine ganz andere Kennzeichnung ist sicherlich paßlicher. Die allernächste Zeit schon wird, so steht sehr zu befürchten, tausendfältig dartin, daß die Notverordnung einschließlich ihrer mit amtlichem Krampf bewirkten Durchpressung das stracke Gegenteil von Vernunft ist. Denn mit der Verordnung ist die Finanzmisere nicht gelöst, ihr Urquell nicht verstopft, die soziale Spannung nicht verringert, kein politischer Gegensatz ausgeglichen, wohl aber alle diese Übel und noch verschiedene andere unerhört gesteigert. Das hätte, wie wir meinen, bis zu einem gewissen Grade vermieden werden können, wenn die Urheber der Verordnung von etwas sozialer Vernunft erfüllt und wenn die Regierung den Wünschen der Gewerkschaften Rechnung getragen hätte. Wenn, wenn die Regierung nicht auf der anderen Seite der Barrikade, wenn sie nicht im kapitalistischen Lager stände. So ist denn auch dieses Monstrum an Ungerechtigkeit gegen die Arbeiterklasse aufs Amtspapier und in gesetzliche Geltung gekommen.

Ganz glatt ist das freilich nicht gegangen. Anfänglich schien es, als ob der Reichstag einberufen werde zwecks Änderung oder Beseitigung der Verordnung. Wenigstens sprach sich die Mehrzahl der Parteien dafür aus. Darob gab es tagelang ein Verhandeln mit dem Reichskanzler und lebhaft Auseinandersetzungen in bestimmten Fraktionszimmern. Der Reichskanzler drohte mit dem Rücktritt der Regierung. Daraufhin hätten sich die hier ausschlaggebenden Parteien auch mit der Einberufung des Haushaltsausschusses zufrieden gegeben, um die Verordnung zu behandeln. Aber auch dem widersetzte sich der Reichskanzler ganz entschieden. Immerhin war er in letzter Minute zu einigen Konzessionen an die sozialdemokratische Fraktion bereit: Anfangs August wolle er über die „notwendigen Abänderungen“ der Notverordnung verhandeln und sei dann auch mit der Einberufung des Haushaltsausschusses bereit; weiter sollen die Arbeitslosen unter 21 Jahren entgegen den Bestimmungen der Verordnung weiter unterstützt und auch für die Saison- und Gemeindearbeiter Milderungen gewährt werden. Unter diesen Umständen glaubte die sozialdemokratische Fraktion nicht mehr auf die Einberufung des Haushaltsausschusses bestehen zu müssen. Die schwerindustrielle Volkspartei hatte schon vorher ihr Verlangen nach Einberufung des Reichstages fallen gelassen, weil auch sie von dem Reichskanzler Zugeständnisse erhalten hat. Die Art dieser Zugeständnisse läßt sich vorderhand nur vermuten. Man kann indessen getrost annehmen, daß die Vertretung der Schwerindustrie für ihr Einlenken gewichtige Vorteile eingehandelt hat. Auf wessen Kosten sie in der Hauptsache gehen, braucht hier nicht dargelegt zu werden.

Während auf dem politischen Felde alle Schliche und Pfliffe und Druckmittel angewendet wurden, die Notverordnung unverändert zu erhalten, mühten sich die Geldleute und ihre Presse für denselben Zweck. In einem fort berichteten die kapitalistischen Blätter von wilder Flucht von Kapital ins Ausland, von der Abberufung der kurzfristigen ausländischen Kredite und von einem wachsenden Sturm auf den Devisenbestand der Reichsbank. Wenn man dem jüngsten Ausweis der Reichsbank glauben darf, hat sie tatsächlich in den beiden ersten Juniwochen nicht weniger als eine Milliarde von ihrem Gold- und Devisenbestand verloren. In diese Nachrichten wurde geflüstertlich der Hinweis gemischt, daß die Golddecke der Reichsbank ihr gesetzliches Mindestmaß bald erreicht habe und daß am nächsten Monatsersten womöglich die öffentlichen Kassen die Gehälter nicht mehr bezahlen können, so daß dann der Staatsbankrott bevorstehe. Wenn alles das richtig ist, wenn die Kapitalflucht, die Devisenhamsterie, die Abberufung ausländischen Leihgeldes in dem berichteten Ausmaße Tatsache war, dann haben die deutschen Kapitalisten, diese guten Patrioten, ihr Möglichstes getan, das Drunter und Drüber im parlamentarischen Irrgarten gehörig zu nutzen, die politische Krise zur Staatskrise, wenn man will, zum Staatsbankrott, zu treiben.

Das Gespenst oder die Realität des Staatsbankrotts mit allen seinen schauerhaften Folgen für das Proletariat hat, wie man leicht annehmen kann, nicht wenig dazu beigetragen, daß sich die sozialdemokratische Fraktion mit den sehr geringfügigen und von der Regierung des berechtigten Preisabbaues höchst fragwürdigen Konzessionen zufrieden gab und sie sich einmal mehr für das „kleinere Übel“ entschied. Sie hat sicherlich geglaubt, sie werde der Arbeiterklasse durch ihre Haltung in Sachen der Notverordnung einen größeren Dienst erweisen, als wenn sie sich auf das Gleis der Todfeinde der Arbeiterklasse und der Demokratie drängen lasse.

Der sozialdemokratischen Fraktion, man braucht das gar nicht zu sagen, ist die Entscheidung schwer, sehr

schwer geworden. Und sie ist zu ihr erst nach reiflichem Abwägen des Für und Wider gekommen. Daß bei alledem das Wohl der Arbeiterklasse und nichts als das der Leitstern war, ist selbstverständlich. Allein, bei vollster Bewertung alles dessen, sind wir der Meinung, daß die Entscheidung der Fraktion unrichtig war. Die Grenze der Duldung (Tolerierung) hielten wir schon eher, jedenfalls bei dieser Notverordnung erreicht. Denn mit diesem bürokratischen Wechselbalg, der einmal mehr den übergroßen Teil der Opfer für den finanziellen Dalles der ausgemergelten Arbeiterklasse aufbürdet, wird gar nichts gebessert, sondern vieles verschlechtert. Sie verstopft nur die Quellen, aus denen noch Heil für die wirtschaftliche und politische Genesung quellen kann. In ein paar Wochen oder Monaten werden sich noch größere Löcher in den Kassen der Gemeinden, der Länder und des Reiches auftun. Dann wird die Reichsregierung zunächst einmal von den Ermächtigungen Gebrauch machen, die ihr diese Verordnung in so gefährlichem Maße gibt. Bei der Anwendung der Ermächtigungen wird von einer parlamentarischen Beeinflussung vollends keine Rede mehr sein können, da sie ja in das Ermessen der Bürokratie gelegt ist. Unter diesen Umständen braucht man nicht mehr nach dem Schicksal der Arbeitslosenunterstützung und anderer sozialpolitischen Einrichtungen zu fragen. In sehr kurzer Zeit wird daher die sozialdemokratische Fraktion wieder vor derselben gewissensschweren Frage stehen, aber unter noch schwierigeren Umständen. Dann wird die Kapitalistenklasse ihre Mienen noch dreister springen lassen; die Drohung mit dem Rücktritt des Kabinetts noch schroffer gemacht werden, der Staatsbankrott noch handgreiflicher sein — das Prestige der Sozialdemokratischen Partei aber wird dann schwerlich größer und ihre Anhängerschaft, vorsichtig ausgedrückt, kaum zahlreicher und kampfbereiter sein. Kurz, in sehr knapper Zeit wird die Sozialdemokratische Partei abermals vor der alten großen, vor der noch größeren Schwierigkeit stehen, aber mit geringeren moralischen und zahlenmäßigen Kräften, sie zu meistern.

Nun kann man der Meinung sein, daß sich in einiger Zeit manches zum Bessern wenden, von außen Heil kommen könne durch eine Entlastung in der

Reparationszahlung. Hierauf wurde denn in den letzten Tagen vielfach hingewiesen. Ein Optimismus in dieser Hinsicht scheint uns, vorderhand, bestimmt schlecht gerechtfertigt. Für eine Regierung, die Panzerkreuzer vom Stapel läßt und dabei der Welt zu hören gibt, daß das deutsche Volk trotz seiner Armut noch seine vaterländische Wehr aufrüste, kann nicht wohl auf finanzielle Zugeständnisse des Auslandes rechnen. Aber selbst wenn der hier ausschlaggebende Staat, Nordamerika, wirklich, wie wir es dringend wünschen, Erleichterungen zugestehen sollte, so dürften sie dann für Deutschland ebensowenig entlastend sein wie einst die Darlehen, die der Youngplan gegenüber dem Dawesplan brachte oder bringen sollte.

So voll wir auch die Beweggründe der sozialdemokratischen Fraktion für ihre Haltung in Sachen der Notverordnung bewerten, und so vollkommen wir auch die Folgen einschätzen, die durch Überhören der Rücktrittsdrohung Brünings entstanden wären, so können wir dennoch nicht umhin, zu gestehen, daß das Überhören mit dem nachdrücklichsten Beharren auf der Verbesserung der Notverordnung nützlich für die Arbeiterklasse und die Sozialdemokratie gewesen wäre. Zu dieser Meinung bringt uns noch mehr als die Betrachtung der gegenwärtigen, die der kommenden Dinge:

Die deutsche Finanzmisere geht unausgesetzt weiter, nicht zum wenigsten dank der Notverordnung. Diese Misere ist nur durch Behebung der Wirtschaftsnote und der Arbeitslosigkeit aufzuhalten. Aber gerade für die Erfüllung dieser urwichtigen Notwendigkeit hat bis jetzt weder Regierung noch Parlament etwas getan, noch nicht einmal einen entschlossenen Versuch dazu gemacht. Solange aber dies nicht geschieht, wird alles andere nur ein Herumdoktern an Symptomen sein. Wird eine Finanzkrise die andere ablösen, wird eine Regierungs- oder Staatskrise der andern folgen. Und diese Krisen sind wiederum nichts als der Ausdruck der allgemeinen Krise der kapitalistischen Ordnung. Eine Regierung noch länger dulden, die diese Ordnung erhalten will und muß, heißt für die Sozialdemokratie nur mit dem Risiko beteiligt sein, die Kapitalistenklasse aber mit dem Gewinn. Die Kräfte der Arbeiterklasse müssen jedoch für die Beseitigung dieser Ordnung zusammen- und frisch und begeistert gehalten werden. Das ist das oberste Gebot. Ihm muß, so will es uns dünken, alles andere untergeordnet werden. Zumal jetzt.

Kapitalbildung in der Krise

Wenn man sich die neue Notverordnung ansieht, so ist sie im Kern ihres Wesens nichts anderes als eine abermalige Lohnsenkung. Zwar betont die Regierung Brüning wiederholt mit einer gewissen Aufdringlichkeit, daß „alle“ Volksteile Lasten auf sich nehmen sollen, aber der von uns mitgeteilte Inhalt der Verordnung läßt keinen Zweifel darüber, wie die Lasten verteilt sind. Inzwischen hat sich sogar noch ein sehr bezeichnendes Nachspiel ereignet. Daß die Arbeiter bis herab auf die Invalidenrentner und sogar die Kriegsveteranen von ihren kargen Groschen abgeben sollen, wissen unsere Leser bereits. Aber keineswegs alle Rentner, keineswegs alle Kriegsveteranen werden betroffen. Mitte Juni hat der Generalsekretär der Zentrumsfraktion, Dr. Vockel, eine gewiß sehr staatsverhaltende Persönlichkeit, den Arbeitsminister Stegerwald gefragt, warum denn die hohen Ruhegehälter kaiserlicher Offiziere und sonstiger Staatswürdenträger von der Notverordnung ganz unberührt bleiben? Nun muß man wissen, daß es in der deutschen Republik immer noch ungefähr 130 ehemalige kaiserliche Generale gibt, deren jeder durchschnittlich etwa 20 000 M jährlich Ruhegehalt bekommt; außerdem an 1600 andere einst hohe Offiziere mit je durchschnittlich 15 000 M jährlichem Ruhegehalt. Dazu weiter verflozene Reichskanzler, Minister, Staatssekretäre usw. mit je 20 000 und mehr Mark. All denen nimmt die Notverordnung nichts. Warum nicht? Herr Stegerwald hat seinem Parteigenossen geantwortet: weil das die Reichsverfassung nicht erlaubt!

Es ist manchmal sehr schwer, die Ruhe zu bewahren. Man weiß — wir haben das seinerzeit ausführlich nachgewiesen —, daß die ganze Notverordnung von der Reichsverfassung nicht erlaubt ist. Schon gar nicht, wenn man den Reichstag auf sechs Monate in Ferien schiebt zu dem ausdrücklichen Zweck, ohne ihn Vorschriften zu schaffen, die überhaupt nicht durch § 48 geregelt werden dürfen. Aber das hat die Regierung nicht bekümmert, so weit es sich um die Bezüge der Arbeitslosen, der Witwen, der Kriegsinvaliden handelt. Nur wenn es um die Einkünfte von Leuten mit 15 000 M und mehr geht, da regt sich das Gewissen, da darf man die Reichsverfassung nicht verletzen, da muß man noch vier Monate warten, bis der Reichstag mal wieder beisammen ist, ob der das dann mit zwei Drittel Mehrheit beschließt.

Der kleine Zwischenfall zeigt deutlich, daß es auf die besondere Belastung der arbeitenden (und arbeitslosen) Bevölkerung recht eigentlich abgesehen war. Wir wissen ja auch warum, und finden es schier täglich in

der bürgerlichen Presse bestätigt: weil wirklich nur durch Lohnsenkung die Bildung neuen Kapitals vermehrt wird, und weil das Bürgertum behauptet, es herrsche Kapitalmangel und der sei schuld an Krise und Arbeitslosigkeit; nur reichliche Beschaffung von Kapital könne deshalb die Krise und die Arbeitslosigkeit heilen, und dazu eben sei Lohnsenkung erforderlich.

Es ist notwendig, die Arbeiterschaft immer wieder auf dieses Kern- und Mittelstück der bürgerlichen Auffassung aufmerksam zu machen, nach der wir regiert werden. Denn von hier fließen alle die Vorschriften, alle die Notverordnungen usw., mögen sie so oder anders begründet sein. Das ist z. B. der Grund, weshalb die demokratische Presse mit der Ausschaltung des Reichstages einverstanden ist, obgleich die doch aller Demokratie ins Gesicht schlägt und in Wahrheit einer Diktatur Brüning gleichkommt. Alle braven Bürgersleute, ob Demokraten oder nicht, sind eben mit Herrn Brüning in der Hauptsache einig: Lohnsenkung, Lohnsenkung, Lohnsenkung tut not. Jedes Mittel dazu ist ihnen recht.

Deshalb ist es aber auch weiter nötig, immer und immer wieder nachzuweisen, daß die Voraussetzung falsch ist, von der das Bürgertum ausgeht: es herrscht gar kein Kapitalmangel, im Gegenteil, Kapital ist reichlich vorhanden und wird fortgesetzt reichlich neu gebildet. Die Krise ist nicht, wie früher, als der Kapitalismus noch gesund war, durch Kapitalmangel entstanden, und kann deshalb auch nicht auf diesem Wege geheilt werden. Lohnsenkung wird also nur den Profit erhöhen, aber weder die Krise noch die Arbeitslosigkeit heilen.

Vor ein paar Wochen bereits (in Nr. 20) haben wir die Ergebnisse jener ersten wirklichen Untersuchung

Aus dem Inhalt

Die Notverordnung tritt in Kraft! — Kapitalbildung in der Krise	Seite 201
Der Felten & Guilleaume-Konzern — Die „Not“ der Unternehmer — Arbeitslose sollen Hausbesitzer werden	202
Möbel für kleine Wohnungen — Verbessere die Rückkoppelung deines Empfängers	203
Es klingelt — Menschen im Pfandhaus — Die Schwiegermutter	204
Vogabundenpause — Hauptversammlung der Volksfürsorge	205
Der Arbeitsbeschaffungsplan der Kommunisten — Kommunistischer Verleumder verurteilt — Aus dem Ruhrgebiet	206
Ein deutsch-französisches Problem — Die Eisenindustrie in Rußland — Die 30-Stunden-Woche ausrichtend	207
Alles kann man mit Zahlen beweisen — Schriftenschau	208

Der Felten & Guillaume-Konzern

Vermehrung durch Spaltung / Von Julius Fries

um 10 vH, also auf rund 245 Millionen M zu verzeichnen, so daß trotz des jetzigen wertmäßigen Rückganges immerhin noch ein Gesamtumsatz von rund 210 Millionen Mark verbleibt. Angaben, wie sich dieser Umsatz auf die einzelnen Geschäftszweige des Konzerns verteilt, werden leider nicht gemacht. Wir erfahren nur, daß die Ergebnisse der Beteiligungen annähernd die des Vorjahres erreichen und mit etwa 40 vH am Ertrag beteiligt sind. Der erwähnte, um 3 Millionen M gegen das Vorjahr zurückgegangene Bruttogewinn ist wieder der einzige Posten auf der Einnahmeseite der Erfolgsrechnung. Lohn- und Gehaltsausgaben werden nicht besonders ausgewiesen. Unkosten und Steuern, die in einer Summe mit 8,8 (gegen 10 Millionen M im Vorjahre) ausgewiesen werden, veranlassen die Verwaltung zu der seltsamen Bemerkung im Geschäftsbericht, daß Soziallasten und Steuern „höher“ geworden sind, doch unterbleibt ein Ausweis der Sozialausgaben sowie besondere Nennung der für die Steuerleistung erforderlich gewordenen Beträge. Abschreibungen sind diesmal in Höhe von 1,7 gegen 2,5 Millionen M im Vorjahre vorgenommen worden.

Der Reingewinn mußte sich infolge des um ein Sechstel niedriger errechneten Bruttogewinnes gewissermaßen selbsttätig von 5,5 Millionen M im Vorjahre auf 4,8 Millionen M ermäßigen und folgerichtig auch die Dividende von 7 1/2 vH auf 6 1/2 vH herabgesetzt werden, so daß diesmal 4,19 gegen 4,83 Millionen M im Vorjahre zur Ausschüttung kommen. Dem Reservefonds, der in der Eröffnungsbilanz der Hauptgesellschaft für 1929 genau 4 312 608 M betragen hat, werden weitere 225 000 M zugeführt, so daß die gesetzlich vorgeschriebene Höhe von 10 vH des Aktienkapitals noch nicht erreicht ist. Der Aufsichtsrat mußte sich eine Kürzung seiner Bezüge, die in den letzten beiden Jahren je 140 000 M betragen haben, gefallen lassen, und zwar werden jetzt 84 000 M an die 28 köpfige Gemeinschaft der Großverdiener verteilt. Der Vortrag in neue Rechnung wird mit 320 000 M gleich hoch bemessen wie im Vorjahre.

Sehr bedeutende Veränderungen ergeben sich infolge der Spaltung in der Bilanz. Grundstücke, Gebäude, Maschinen und Werkzeuge stehen jetzt nur noch mit insgesamt 10,9 Millionen M gegen 23,5 Millionen M im Vorjahre zu Buch, was jetzt noch nicht einmal dem zehnten Teil der rund 120 Millionen M betragenden Bilanzsumme entspricht. Im Vorjahre machten diese Anlagewerte rund 20 vH der Bilanzsumme aus. Über die Steigerung der Beteiligungen ist oben schon gesprochen. Dieser Bilanzposten entspricht jetzt fast der Hälfte der Bilanzsumme gegen nur einem Viertel im Vorjahre.

Auf der Schuldenseite der Bilanz sind die Posten Guthaben der Lieferanten, verschiedene Gläubiger und Rembourskredite von 14,4 auf 11 Millionen M gesunken. Besonders stark sank der letztgenannte Posten Rembourskredite von 3,6 auf 1,8 Millionen M, also um die Hälfte. Es handelt sich hierbei in der Hauptsache um Forderungen ausländischer Rohstofflieferanten, denen von der Bankverbindung der Gesellschaft gegen Vorlage der Verschiffungspapiere die entsprechenden Beträge gegen Wechsel zur Verfügung gestellt werden. Ob das Zurückgehen dieses Postens aber auf größere Vorsicht beim Rohstoffkauf schließen läßt, muß dahingestellt bleiben, weil nicht ersichtlich wird, wieviel von dieser Verringerung auf die Spaltung zurückzuführen ist.

über die Kapitalbildung mitgeteilt, die feststellt, daß von 1924 bis 1928 in Deutschland mindestens 11 Milliarden Mark neues Kapital jedes Jahr gebildet worden ist, in Wahrheit noch mehr. Selbstverständlich werden die Gegner sofort rufen: Das war in der guten Geschäftszeit, die ist lange vorbei, jetzt haben wir Krise! Der Einwand trifft zwar ganz und gar daneben, denn wenn die Krise durch Kapitalmangel verursacht wäre, dann hätte doch eben in der Zeit vor der Krise die Kapitalbildung stocken müssen. Auch haben ja die Unternehmer in jenen guten Geschäftsjahren ebenfalls ständig über mangelnde Kapitalbildung geklagt, und das ist jetzt durch das Statistische Reichsamt vollkommen widerlegt.

Jedoch, auch für die spätere Zeit, sogar für die Krisenzeit selbst haben wir Anhaltspunkte genug. Da sind z. B. die Sparkassen. In dem guten Geschäftsjahr 1927 sind durchschnittlich jeden Monat 140 Millionen Mark auf die deutschen Sparkassen gekommen; 1929, als die Krise sich vorbereitete, waren es 180 Millionen, und im Krisenjahr 1930 immer noch 125 Millionen jeden Monat.

Da sind weiter die Lebensversicherungen. Was da an Prämien eingezahlt wird, ist reine Kapitalrücklage. Es waren 1928 und 1929, während der Krisenvorbereitung, fast 2700 Millionen M, und im Krisenjahr 1930 noch wieder 1600 Millionen. Allein an diesen beiden Stellen, Sparkassen und Lebensversicherungen, die doch nur einen nicht besonders großen Bruchteil der Kapitalbildung aufnehmen, ist bei während der Krise, von Oktober 1929 bis Dezember 1930, ein Zuwachs von annähernd 4 Milliarden Mark neuen Kapitals angesammelt worden.

Und warum sollte die Kapitalbildung in der Krise nicht fortgesetzt haben, da doch die Geschäftsergebnisse nach wie vor gut sind? Von den 6 bis über 15 vH Dividende im Krisenjahr haben wir schon Mitteilung gemacht. Neuerdings hat das Berliner Tageblatt (am 31. Mai) die Bilanzen von 844 industriellen Aktiengesellschaften mit 2233 Millionen M Aktienkapital zusammengestellt. Das ist ungefähr ein Achtel alles in Deutschland vorhandenen Aktienkapitals. Ihr Reingewinn im Krisenjahr 1930 betrug 159 Millionen M (1929 auch nur 178 Millionen, also nicht sehr viel mehr). Aber außerdem hatten sie noch 200 Millionen M Abschreibungen (ein beliebtes Versteck für Gewinne, die man nicht sehen lassen will), und ihre Reserven wurden um 60 Millionen erhöht. Schon ohne Abschreibungen macht das einen Vermögenszuwachs von 10 vH aus. Wahrhaftig kein schlechtes Ergebnis für ein Krisenjahr. Also warum sollten sie nicht Kapital bilden?

Nicht einmal die Ausrede hilft, das Kapital habe sich ins Ausland geflüchtet. Obwohl es eine klägliche Ausrede wäre. Richtig ist das schon. Deutsches Kapital ist massenhaft ins Ausland gegangen, was eben nur auch wieder beweist, daß massenhaft neues Kapital gebildet worden ist. Also sollen den deutschen Arbeitern die Hungerlöhne gekürzt werden, damit noch mehr Kapital dem Ausland zugeführt wird? So sieht euer Patriotismus aus?

Wir haben also in allen kapitalistischen Ländern dasselbe: Kapitalfülle und dennoch Krise und ungeheure Arbeitslosigkeit. Nichts tut demnach weniger not, als gerade jetzt die Löhne zu senken, um die Kapitalbildung noch mehr zu fördern. I by kus.

Die „Not“ der Unternehmer

Es wird uns geschrieben: Eine Maschinenfabrik in Berlin baut Kabelspinnmaschinen. Sie beliefert hauptsächlich Rußland. Vor einigen Wochen hat diese Firma drei Kabelspinnmaschinen an Rußland geliefert zum Preise von 30 000 M. An diese drei Maschinen wurde zwölf Wochen geschafft. Neun Wochen brauchte man zur Fertigstellung der Einzelteile, drei Wochen zur Montage. Die Maschinen brachten der Firma einen Bruttoverdienst von 30 000 M. Die übrigen 20 000 M gehen den Unkosten, Löhnen, Gehältern, Material usw. In der nachfolgenden Aufstellung wird man sehen, daß die Gehälter im Vergleich zu den Löhnen viel zu hoch sind. Der Grund hierfür ist, daß bei der Firma fast alle Arbeiter entlassen wurden und die Arbeiten von Lehrlingen gemacht werden. Das Verhältnis in der Werkstatt ist ungefähr so: 1 Meister, 3 Gesellen, 8 Lehrlinge. Um einen Überblick über die Einnahmen, Ausgaben und den Verdienst dieses Unternehmers zu geben, habe ich eine kurze Aufstellung gemacht.

Einnahmen	30 000 M
Ausgaben:	
Material	5 000 M
Bearbeitung der Einzelteile (Löhne)	800 M
Montage (Löhne)	700 M
Licht und Kraft	450 M
Werkzeuge	500 M
Technisches Personal	2 000 M
Kaufmännisches Personal	2 400 M
Spedition	300 M
Reklame	800 M
Hundertsätze für die Kapitalanlage im Betrieb	3 000 M
Sonstige Unkosten	2 000 M
Verdienst	32 050 M
Einnahmen	50 000 M
Ausgaben	17 950 M
Verdienst vor Abzug der Steuern	32 050 M

Wir sehen, daß dieser Unternehmer einen verhältnismäßig riesigen Profit macht, ohne den Arbeitern und Angestellten soviel zu geben, daß sie ein menschenwürdiges Dasein führen können.

Nebenbei hat diese Firma in einer anderen Abteilung Zylinder-Dampfmaschinen. Sie wird hauptsächlich von den großen Wäschereien zu Reparaturen herangezogen, weil sie die Reparaturen nachts ausführt, damit die Wäschereien keinen Arbeitsausfall durch den Stillstand der Maschinen haben. Teuer wird die Reparatur nichts auch nicht, da man hierzu die Lehrlinge benutzt, die mit einem Mindestlohn zufrieden sein müssen. Natürlich verdient der Unternehmer dadurch außergewöhnlich viel.

Trotz der schlechten Zeit, in der Millionen Menschen hungern, kann es sich dieser Unternehmer erlauben, seinen Sohn ein Jahr auf eine Reise nach Amerika fahren zu lassen, seine Tochter in ein vornehmer Pensionat nach Paris zu schicken, sich selbst einen neuen Hoch-3-Zylinder-Wagen zu kaufen — weil er eben in drei Monaten 30 000 M verdient, ohne eine Milligramm produktive Arbeit zu leisten.

Als hier vor etwa anderthalb Jahren der Geschäftsbericht der Felten & Guillaume Carlswerk AG, Köln-Mülheim, besprochen wurde, nannten wir dies Unternehmen ein Muster internationaler Verschachtelung. Inzwischen hat die Umwandlung des Unternehmens in eine Holdinggesellschaft, die eine stattliche Zahl anderer Gesellschaften kontrolliert, weitere Fortschritte gemacht. Im Juli 1930 sind die Eisen- und Stahlbetriebe des Konzerns in eine neue Gesellschaft eingebracht worden, deren Namen sich von der Muttergesellschaft nur wenig unterscheidet. Die neue Gesellschaft nennt sich Felten & Guillaume Carlswerk Eisen- und Stahl AG und ist mit einem Aktienkapital von 18 Millionen M ausgestattet worden. Zu der neuen Gesellschaft gehören außer den Eisengießereien und Maschinenfabriken auch die eigenen Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke. Gleichzeitig mit der Bilanz der Muttergesellschaft wird eine Eröffnungsbilanz dieser Tochtergesellschaft vorgelegt, in der die eingebrachten Anlagen, Grundstücke, Gebäude, Maschinen und Werkzeuge mit zusammen rund 11,8 Millionen M zu Buche stehen. Die Muttergesellschaft arbeitet nach wie vor mit einem Aktienkapital von 66 Millionen M.

Die Zahl der im Gesamtkonzern beschäftigten Personen hat im Vorjahre rund 16 900 betragen, sie ist jetzt, am Bilanzstichtage, auf 15 200 zurückgegangen, hat sich also um rund 10 vH verringert. In der Bilanz der Hauptgesellschaft ist unter den Beteiligungen, die mit insgesamt 51 Millionen gegen 33 Millionen M das letzte Mal zu Buche stehen, das Aktienkapital der neuen Tochtergesellschaft enthalten. Die Eröffnungsbilanz der neuen Gesellschaft weist Beteiligungen in Höhe von 3,8 Millionen M aus, worunter die ebenfalls übertragene Walzwerke AG vormals E. Böcking & Co., Köln-Mülheim, und die Felten & Guillaume Eschweiler Draht AG in Eschweiler-Aue enthalten sind. Weiter wurden der Tochter als Mitgift ein Teil der Warenvorräte, der Außenstände, des Bankguthabens und ein kleiner Warenbestand in Werte von insgesamt rund 11 Millionen M mitgegeben. Auf der anderen Seite mußte die neugegründete Gesellschaft von der 22,5 Millionen Schweizer Franken betragenden Anleihe aus dem Jahre 1927 einen Betrag von 6 Millionen M sowie von den Bankschulden usw. rund 2,75 Millionen M übernehmen. Da die neue Gesellschaft erst vom 1. Juli 1930 an arbeitet, ist in der Erfolgsrechnung des Hauptwerkes der Gewinn aus dem Eisen- und Stahlgeschäft des ersten Halbjahres ebenso wie der Gewinn der später abgestoßenen Beteiligungen noch enthalten.

Zeigen schon diese Angaben, daß durch diese neue Verschachtelung das Zahlenwerk noch unübersichtlicher geworden ist, so ist auch ein Vergleich mit dem Vorjahre durch diese organisatorische Veränderung erschwert. Jedenfalls schiebt die neue Gesellschaft ihr erstes Geschäftsjahr erst am 30. Juni 1931, so daß mit der Veröffentlichung von deren Bilanz frühestens im Spätherbst zu rechnen ist. Es will deshalb wenig besagen, daß der ausgewiesene Betriebsgewinn der Muttergesellschaft sich von 19 auf 16 Millionen M verringert hat. Über den Gesamtumsatz erfahren wir, daß im Berichtsjahre der Umsatz mengenmäßig um etwa 8 vH, wertmäßig um etwa 14 1/2 vH zurückgegangen ist. Im Jahre 1928 hat der Umsatz einschließlich der Tochtergesellschaften 225 Millionen M betragen, in 1929 war eine Steigerung

Verpfuschte Jugend

Ein junger Kollege, der schon zwei Jahre arbeitslos ist, schreibt:

„Die Grenze dessen, was das deutsche Volk ertragen kann, ist erreicht.“ So sagt die Reichsregierung in ihrem Aufruf. Sie sagt dies, um einerseits das Ausland auf die finanziellen und wirtschaftlichen Nöte unseres Landes hinzuweisen; andererseits, um ihr Werk dem eigenen Volke schmackhafter zu machen. Nun gut! Wir sind schon lange der Meinung, daß die Grenze erreicht, daß der Bogen überspannt ist. Die neue Notverordnung ist eine Sanierung des Reichsetats auf Kosten des werktätigen Volkes; sie bedeutet insbesondere einen Anschlag auf die Lebenshaltung des Jungproletariats, auf jene Generation, die unter den Lasten und Begleiterscheinungen der Krise steif und körperlich an allerschwersten zu leiden hat. Die fast von Geburt auf dazu verdammt war, Leiden und Entbehrungen zu ertragen, deren Kindheit in die Kriegsjahre mit ihren Schrecken und Wirrnissen fielen. Es ist jene Generation, die unter Kohlkrüben und Dörrgemüse heranwuchs. Die eine Revolution, den Kapp-Putsch und die Inflation mit allem Drum und Dran bis in die tiefsten Tiefen ihrer Seele erlebten. Und dazu gesellt sich jetzt noch diese furchtbare Wirtschaftskrise, diese Eiterbeule des kapitalistischen Systems.

Ist es dann ein Wunder, wenn ob dieser Schläge junge Menschen an ihrer Jugend und an sich selbst verzweifeln? Man schau doch einmal hinein in die Herzen jener jungen Menschen, die, nachdem sie bereits eine solch aufgewühlte Kindheit hinter sich haben, sich jetzt unter den Peitschenhieben der Wirtschaftskrise winden und stöhnen. Die neue Notverordnung stellt Peitschenhiebe gegen die arbeitende Jugend dar. Tausende junger Menschen, die vier Jahre gelernt, die einen Beruf ergriffen haben, liegen seit Monaten und Jahren auf der Straße, ohne Hoffnung und Aussicht auf eine neue Einziehung in den Produktionsprozess. Sie hatten die Nöte und Entbehrungen der Lehrzeit auf sich genommen in dem Bewußtsein, es als ausgebildeter Arbeiter ein wenig besser zu haben. Sie glaubten, dann als gleichwertige Wesen mit teilhaben zu können an den technischen und kulturellen Errungenschaften. Und jede dieser bescheidenen Hoffnungen und Wünsche sind vergeblich, haben sich für unzählige junge Menschen als Luftschlöser erwiesen. Haben sich in Flüche gegen die heute herrschende Gesellschaftsordnung umgewandelt. Tausende von jungen Menschen fühlen sich mißachtet. Stehen absichtslos auf dem Wege, von der Gesellschaft ausgestoßen. Aus ihrem jugendlichen Schaffensdrang aus ihrem Glauben an sich selbst hat sich eine lähmende Gleichgültigkeit, ein Mißtrauen gegen sich und alle anderen entwickelt.

Trotz dieser Stimmung der jungen Menschen aber wagt man es noch, sie weiterhin zu knechten und zu unterdrücken. Bringt man es fertig, ihre so namenlos kümmerliche Lebenshaltung noch weiter herabzudrücken. Wagt man es, sie, soweit sie das 21. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, aus der Arbeitslosenversicherung herauszunehmen, um sie viel-

leicht dem „freiwilligen Arbeitsdienst“ — jener neuen Erfindung der Reichsregierung zur Behebung der Arbeitslosigkeit, oder besser gesagt, gegen den weiter fortschreitenden Radikalisierungsprozess der Jugend — gefügiger zu machen.

Wir als junge Generation benötigen keine Arbeitsdienstpflicht, aber um so mehr Arbeit! Gebt sie uns! Ganz gleich welcher Art. Bezahlt sie uns so anständig, wie der Kapitalist seine Ware bezahlt haben will, dann sind solche Notverordnungen überflüssig.

Dies wird aber wohl in der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht möglich sein. Der Kapitalismus ist schuld an unserer Lage! Er hat den Krieg, die Rationalisierung, die Wirtschaftskrise heraufbeschworen. Er ist geschwängert von Blut, Tränen und Flüchen seiner Opfer. Ihm gilt unser Kampf! Wik.

Die Diskonterhöhung der Reichsbank

Die Deutsche Reichsbank hat mit Wirkung vom 13. Juni den Diskont- und Lombardsatz um 2 vH auf 7 und 8 vH erhöht. Diese folgenschwere Maßnahme zeigt blitzartig die Schwierigkeit der Verhältnisse in Deutschland. Man bedenke: in den Vereinigten Staaten beträgt der Wechseldiskont der Notenbanken 1 1/2 vH, in Frankreich, Holland und in der Schweiz 2 vH, in London 2 1/2 vH usw. Der Leihsatz der Deutschen Reichsbank übergebenen Wechsel liegt um 4 1/2 bis 5 1/2 vH über denen der mit deutschen Industriewaren konkurrierenden Länder.

Den scharfen Eingriff in die deutsche Wirtschaft hat die Reichsbank für notwendig erachtet, weil sie seit Mai in steigendem Maße gezwungen war, Gold und Devisen abzugeben. Es waren nicht immer wirtschaftliche Verhältnisse, die diesen Gold- und Devisenabfluß verursachten, sondern außen- und innenpolitische. Dazu beigetragen hat der Zusammenbruch der österreichischen Credit-Anstalt. Folgte doch das Ausland daraus, daß die Verhältnisse in Mitteleuropa allgemein auf schwankendem Boden ständen. Schuld haben auch die innenpolitischen Verhältnisse. Die Notverordnung hat das deutsche Volk wie einen Ameisenhaufen durcheinandergebracht. Sogar Regierungsparteien, wie die Deutsche Volkspartei, glaubten der Regierung die Gefolgschaft verweigern zu müssen, weil sie ihren reaktionären Wünschen nicht weit genug entgegengekommen sei. Andere Schwierigkeiten politischer Art sind hinzugekommen.

Anstatt auf eine Geldverbilligung rechnen zu können, muß die deutsche Wirtschaft eine erhebliche Verteuerung der Zinssätze in Kauf nehmen. Welche schwere Belastung diese Kreditverteuerung bedeutet, braucht kaum hervorgehoben zu werden. Der Wirtschaft wird eine weitere Fessel angelegt. Das arbeitende Volk leidet darunter am meisten. Es scheint fast, als würden alle Teufel losgelassen, um den furchtbaren Krisenzustand zu verschärfen.



Technik und Werkstatt



Möbel für kleine Wohnungen

Von Architekt Friedrich Huth

Möbel für kleine Wohnungen — das ist heute ein großes Problem. Manche Leute denken sich die Lösung der Aufgabe ganz einfach, und zwar etwa so: Wenn wir die Schränke etwas schmaler, die Tische etwas kleiner als für die normale Wohnung der Vorkriegszeit fertigen, so passen sie in die Kleinwohnung hinein. Dieses mechanische Verfahren ist nicht die Lösung. Mit der bloßen Einschränkung der Abmessungen ist es nicht getan; es handelt sich nicht um Umwandlung gebräuchlicher Magazinmöbel, sondern um die Notwendigkeit einer Neuschaffung von Möbeln für Wohnzimmer von etwa 15 qm, Küchen von etwa 7 bis 8 qm, Schlafzimmer von 12 bis 15 qm, Kammern von 6 oder 8 qm. Wieviel Bewegungsfreiheit bleibt für den Menschen übrig, wenn man in Zimmern oder Kammern dieser Abmessungen normale oder um ein geringes verkleinerte Möbel hineinbringt? Man vergegenwärtige sich aber ferner, daß ein Speisetisch für eine aus vier oder sechs Personen bestehende Familie nicht darum wesentlich verkleinert werden kann, weil es sich um eine Kleinwohnung handelt; denn ob die Leute reich oder arm sind, sie brauchen doch immer ein bestimmtes Maß und eine bestimmte Bewegungsfreiheit, um überhaupt speisen zu können. Ferner muß man sich klarmachen, daß man auch Betten nicht wesentlich verkleinern kann; ein kräftiger, muskulöser Arbeiter, der täglich auf dem Bau oder in der Werkstatt Arbeiten vollbringt, die die ganze Kraftentfaltung erfordern, verlangt im Grunde ein größeres Bett als zum Beispiel die meisten geistigen Arbeiter. Jedenfalls kann keine Rede davon sein, daß Leute, die in kleinen Wohnungen hausen, auch schmälere oder kürzere Betten bedürfen. Hier ist also in räumlicher Hinsicht nichts zu sparen.

Die Zimmer der Amerikaner sind auffällig klein. Die geringen Abmessungen sind darauf zurückzuführen, daß man vielfach sogenannte Klappmöbel und Wandmöbel verwendet. Wandschränke findet man fast in jeder Wohnung, so daß der Amerikaner nur sehr wenige transportable Schränke braucht. — Wohl oder übel werden bei uns die Mieter von Kleinwohnungen auf einen Teil ihrer beweglichen Möbel verzichten und sich mehr und mehr auf Klapptische, Klappbetten, Wandschränke usw. einrichten müssen. Wenn sie ein Schlafzimmer von 12 qm Grundfläche mit normalen Magazinmöbeln ausstatten wollen, was zum Teil noch ganz mechanisch geschieht, so bleibt überhaupt kein Raum zur Bewegung übrig. Normalerweise soll man die Schlafräume der Kleinwohnungen auch als Tagesräume benutzen können; das heißt man braucht nicht nur Raum für die Möbel sondern auch für die Rauminhaber.

Nach dem zusätzlichen Wohnungsbeiprogramm der Reichsregierung werden öffentliche Mittel, insgesamt 100 Millionen Reichsmark, für den Bau sogenannter „Kleinstwohnungen“ für Familien mit Kindern zur Verfügung gestellt. Diese Kleinstwohnungen sollen nur 32 bis 45 qm groß sein, und nur in Ausnahmefällen sollen die Gelder auch für Wohnungen bis zu 60 qm Grundfläche bewilligt werden, sofern es sich um Wohnungen für Familien mit mehreren Kindern handelt. Im allgemeinen hat man also nur mit einer Wohnfläche von 32 bis 45 qm zu rechnen.

Die vier oder sechs Menschen, die in diesen Wohnungen hausen, werden ja schließlich auch einmal von Verwandten oder Kollegen besucht werden — man wird den Besuchern nicht gern die Betten als Sitzplätze einräumen; also bleibt, um Tagesraum zu gewinnen, nichts anderes übrig, als Klappbetten amerikanischen Systems anzuwenden; das heißt das ganze Bettgestell ist an die Wand angeschlossen, wird am Morgen hochgeklappt und verschwindet dann automatisch in einem Wandschrank.

Eine andere Möglichkeit besteht darin, überhaupt nur Schlafräume zu schaffen, und zwar derart, daß sich der größte Raum am Tage in einen Wohnraum verwandelt. Man denke sich zum Beispiel ein langes Holzgestell mit zwei Seitenlehnen und einem beweglichen Polstersitz. Am Tage erhält diese Bank auch noch ein Rückenpolster und wirkt dann wie ein Sofa. Am Abend wird dieses Rückenpolster entfernt und die Bank verwandelt sich in ein Bett. Das nötige Bettzeug kann entweder in einem Kasten unterhalb des Sitz- oder Liegepolsters oder auch in einem Wandschrank untergebracht sein. Diese einfachen Möbel müssen natürlich fabrikmäßig hergestellt werden, denn nur so können sie billig genug sein. Hier wird wirklich Raum erspart. Zwei solche Bänke mit beweglichen Polstern ergeben am Tage ausreichende Sitzfläche für sechs Personen und ersparen den Aufwand für zwei Betten.

Wer Kleinwohnungen schafft und keine Wandschränke vorsieht, der raubt den Inhabern der Wohnung auch noch einen wesentlichen Teil des knappen Raumes. Selbstverständlich werden sie die beweglichen Schrankmöbel nicht ganz entbehren können, aber sie werden nicht mehr Möbel anschaffen, als unbedingt nötig ist. Es ist klar, daß sich die Wohnlichkeit derartiger kleiner Wohnungen mit jedem Quadratmeter freien Raumes im Zimmer steigert und mit jedem Quadratmeter, der vom Mobiliar eingenommen wird, verringert. Schlafräume und Tagesräume müssen auch vorübergehend ihre Bestimmung wechseln können.

Praktische Schrankmöbel für Kleinwohnungen hat neuerdings Prof. Franz Schuster, Frankfurt a. M., entworfen. Er suchte die Aufgabe, Typen von Gebrauchsmöbeln für die Massenherstellung in Fabriken zu schaffen, dadurch zu lösen, daß er die Schrankmöbel in ihre Elemente (Kasten, Schublade und Sockel) zerlegte und diese Elemente weitgehend typisierte. In der Hauptsache handelt es sich um einfache Kästen mit Türen oder Schubladen, die auf ein Untergestell gesetzt werden. Man kann die Kästen in beliebiger Anordnung nebeneinander anordnen und so Möbel schaffen, die

jedesmal dem verfügbaren Raume und den in Betracht kommenden Erfordernissen angepaßt sind. Eine Bauzeitung bemerkt hierzu: „Es ist selbstverständlich, daß ein Mobiliar, das so ganz aus dem Geist der Zeit heraus geschaffen ist, auch in der Gestaltung die Merkmale unserer Zeit trägt und deshalb auch mit der Architektur der neuen Siedlungen im Einklang steht. Es ist von jener selbstverständlichen, ungewollten Schönheit, die in der restlosen Dienstbereitschaft liegt.“

Nun, damit ist vielleicht schon zuviel gesagt; man kann von einem einzelnen Kasten, der eigentlich nicht viel besser ist als eine gehobelte oder furnierte Kiste, im Grunde nicht sagen, daß er schön sei; vielmehr hängt es von dem Schönheitsgefühl der Mieter ab, aus diesen Elementen etwas zu machen.

Welchen Gegenwert erhalten wir für unseren Lohn?

Hin und wieder berichtet uns ein Forschungsreisender von neuentdeckten Volksstämmen, die noch nicht die hohe Ehre haben, zu den „nützlichen“ Gliedern der Menschheit gezählt zu werden. Wie könnte das auch sein, wo sie doch noch nicht in die kapitalistische Wirtschaft „eingefügt“ worden sind, also auch für Dividenden und Aufsichtsratsantien noch keinen Finger krümmen gemacht haben. Sie verbringen einen guten Teil ihrer Zeit mit Nichtstun und Spielen und sind so rückständig, daß sie von den Errungenschaften der Zivilisation, einschließlich Wohnungsnot, Überproduktion, Arbeitslosigkeit und Lohnabbau keine Ahnung haben.

Von Nichtstun und Spielen allein können freilich auch sie nicht leben. Es bleibt für sie genug zu tun übrig, um ihre Nahrung zu finden, Hütten zu bauen, sich gegen wilde Tiere zu schützen, Waffen und anderes Gerät herzustellen. Sie wissen zwar nichts von Rationalisierung, von Taylor, Stoppuhr und Fließband; ihre Werkzeuge sind einfach, ihre Arbeitsweisen umständlich. Und dennoch schaffen diese freien Wilden mit einem Wirkungsgrad von 100 vH, weil sie sich nicht mehr Arbeit zu machen brauchen; als zur Herstellung der Dinge, die sie benötigen, erforderlich ist.

Arbeiten wir in unserem Wirtschaftssystem auch so rationell? Der Metallarbeiter erzeugt Warenwerte, und für das, was er die Woche über geleistet hat, erhält er einen Lohn. Wir könnten damit recht gut auskommen, wenn wir für unser Geld nur Warenwerte zu bezahlen hätten. Die Eigenart des kapitalistischen Systems aber bringt es mit sich, daß wir für die Waren viel mehr zahlen müssen, als sie wert sind. Ein paar Beispiele von unzähligen mögen das zeigen:

Eine Tube Zahnpasta, gewiß kein Luxusgegenstand für einen kultivierten Menschen, kostet 90 Pf. Davon bekommt der Einzel-

händler für seine Bemühungen 30 Pf., der Großhändler etwa 12 Pf. Somit verbleiben für den Fabrikanten 48 Pf. Hiervon geht ein großer Teil zunächst für Reklamekosten drauf. In den großen Zeitschriften (die Anzeigenseite zu 10 000 M und mehr), an den Häusergebellen, in den Untergrundbahnwagen und Bahnhöfen, an den Straßenbahnwagen und, wenn es sein soll, selbst am Himmel steht es geschrieben: „Kalidont ist das Beste!“ — „Pebodont ist das Beste!“ — „Elidont ist das Beste!“ Die Fabrikanten raufen sich auf diese Weise um unser Geld, und wir müssen diesen Krieg bezahlen. Aber noch andere Ausgaben sind in diesen 48 Pf. enthalten: Dividenden, Direktorengelöhler, Zinsen an die Banken für gepumpte Gelder. Steuern und, nicht zu vergessen, der Unternehmerrisiko. Welches mag nun nach Abzug all dieser Einzelposten der Warenwert der Pasta sein? Vielleicht 10 Pf., vielleicht noch weniger. Das heißt also: um eine Ware im Wert von 10 Pf. zu erhalten, muß der Verbraucher für 90 Pf. Arbeit leisten; ihr Wirkungsgrad ist somit nur 11 vH.

Wo die Unternehmer untereinander um den Kunden kämpfen, haben also die Verbraucher die Kriegskosten zu tragen. Noch viel einträglicher aber ist das Geschäft, wenn die Unternehmer sich „einig“ sind. Dann treffen sie Preisvereinbarungen, gründen Truste und Kartelle und diktieren die Preise, legen Betriebe still oder vernichten und verderben die Erzeugnisse, um die Preise zu halten.

Zur Verteuerung der Waren tragen noch andere Posten bei, die uns nur deshalb nicht auffallen, weil sie in den Preis eingerechnet sind, nämlich die Zölle. Erst kürzlich sind die Zölle für viele Nahrungsmittel, die im Haushalt der Reichen nur eine untergeordnete, in der Ernährung der arbeitenden Klassen eine um so wichtigere Rolle spielen, nahezu verdoppelt worden. Wenn wir uns zu Weihnachten eine Gans leisten können werden wir im Preis „einkalkuliert“, auch wenn es eine deutsche Gans ist: 2,10 M für den Zoll als Liebesgabe an die armen Landwirte. Vermutlich werden wir auch bald mit einem Pfund Zucker 12 Pf., anstatt wie bisher 6 Pf., Zoll zahlen dürfen. — Hat nicht kürzlich jemand etwas von Preisabbau gesagt?

Und nun noch die Zigaretten! Eine deutsche Zigarette für die man 5 Pf. bezahlt, kostet 1 1/2 Pf. in einem japanischen Freihafen, also einschließlich Fabrikantengewinn, Überseeversicherung und -Fracht. Ein guter Teil der restlichen 3 1/4 Pf. (75 vH) geht für Zoll und Steuern drauf. Bekanntlich will nun der Staat (derselbe Staat, der für die körperliche Erhaltung den Sport fördert und Spielplätze errichtet) für einen stärkeren Verbrauch von Zigaretten Propaganda machen! Es fehlt nur noch, daß er uns nächstens den Rat gibt: „Deutsche, schnupft deutsches Monopolkokain!“

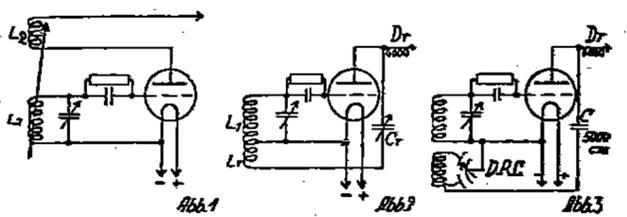
Hohe Dividenden, Direktorengelöhler, Steuern sind aber notwendig. Wovon sollten unsere Wirtschaftsführer ihre Frühjahrs-, Sommer-, Herbst- und Wintererholungsreisen bezahlen und die neuen Besitzungen in der Schweiz? Wovon sollte die Ost-, West-, Nord-, Südhilfe für die notleidenden Agrarier, wovon Fürstenabfindungen bezahlt werden? Wie sollten sonst „braune Paläste“ und Gedenkstätten für die im Krieg Gefallenen entstehen? (Die Kriegskrüppel haben ja einige Orden und den Dank des Vaterlandes bereits weg!)

Dem Arbeitsmenschen im kapitalistischen System geht es anders als der Made im Speck: inmitten seiner Rationalisierung, seiner gesteigerten Leistungsfähigkeit, verhungert er infolge von — Überproduktion. Das ist auch etwas, was die Wilden nicht verstehen werden. D. Enkenach

Verbessere die Rückkoppelung deines Empfängers

Die weitaus meisten aller selbstgebauten Empfänger arbeiten mit einer Rückkoppelung. Das mit dieser Bezeichnung benannte Verfahren besteht bekanntlich darin, daß ein Teil der hinter der Gleichrichterröhre — also dem Audion — nach erfolgter Gleichrichtung noch vorhandenen Hochfrequenzenergie wieder auf die Gitterspule des Audions übertragen wird. Dadurch findet also eine nochmalige Verstärkung statt, was sich in einer enormen Steigerung der Lautstärke äußert.

Soll nun ein einfacher Audionempfänger, wie er wohl wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage aus Billigkeitsgründen besonders häufig benutzt wird, ohne jede Hochfrequenzverstärkung für den Empfang ferner Stationen verwendet werden, so sind die erzielbaren Resultate fast ausschließlich nur vom guten Funktionieren der Rückkoppelung abhängig. Dies ist jedoch in den meisten Fällen der wunde Punkt, an dem viele Wünsche scheitern. Bekanntlich ist ein Telefonesender am lautesten zu hören, wenn sich das Audion kurz vor dem Einsetzen der Schwingungen (Pfeifen) befindet. Daher wird es sich darum handeln, die Art der Rückkoppelung so zu gestalten, daß man die Rückkoppelung mühelos und leicht bis auf den Punkt kurz vor dem Schwingungseintritt bringen kann. Dabei ist es notwendig, daß das Einsetzen der Schwin-



gung ganz langsam (weich) — also nicht mit einem mehr oder weniger scharfen Knacken — erfolgt. Wie läßt sich nun ein sehr weicher — also ein langsamer — Schwingungseintritt erzielen? Dieser Effekt hängt nur von der Art der gewählten Schaltung und den Dimensionen der benutzten Einzelteile ab. Daher sei nunmehr auf die einzelnen Schaltungen und die dabei zu benutzenden Einzelteile eingegangen.

Die in der ersten Zeit des Rundfunks am häufigsten benutzte Schaltung ist die in der Abb. 1 gezeigte, bei der die Rückkopplung induktiv durch die Spule L_2 erfolgt. Hierbei wird die Rückkopplung durch Bewegung dieser Spule geregelt. Bei dieser Schaltung läßt sich nun der geforderte weiche Schwingungseintritt kaum erzielen, da die Rückkopplung fast stets mit einem Knacken einsetzt. Zum Teil sind hieran auch die benutzten Spulenkoppler schuld, da es keine derartigen Koppler im Handel gibt, die eine langsame, gleichmäßige Bewegung der Rückkopplungsspule zulassen. Diese schwerwiegenden Nachteile der rein induktiven Rückkopplung werden sicher vielen Bastler bekannt sein. Die Schaltung nach der Abb. 1 kommt also für unseren Zweck nicht in Frage.

Bedeutend besser ist schon die in der Abb. 2 gezeigte Schaltung, die bereits vor vielen Jahren gefunden wurde und sich auch immer mehr durchgesetzt hat. Diese Schaltung ist unter der Bezeichnung Leithäuser-(Reinartz-)Schaltung bekannt

und erfolgt bei ihr die Regelung der Rückkopplung kapazitiv durch den kleinen Drehkondensator Cr. Vielfach findet man daher auch die Bezeichnung „kapazitive Rückkopplung“, die allerdings falsch ist. Richtig ist dagegen vielmehr die Bezeichnung „induktiv-kapazitive“ Rückkopplung. Es ist nämlich auch eine Rückkopplungsspule (L_r) vorhanden, doch ist diese nicht beweglich, sondern fest mit der Gitterspule L_1 verbunden. Der Kondensator Cr ist ein kleiner Hartpapier-Drehkondensator von etwa 250 cm Kapazität. Diesem Kondensator fällt die Aufgabe zu, je nach der Größe der jeweils eingestellten Kapazität mehr oder weniger Hochfrequenzenergie der Rückkopplungsspule L_r zuzuführen. Durch Betätigung dieses Rückkopplungskondensators kann nun die Rückkopplung sehr fein geregelt werden. Die dabei erzielbare Feinheit der Einstellung kann durch keinen Spulenkoppler erreicht werden.

Damit nun die an der Anode der Röhre vorhandene Hochfrequenzenergie auch tatsächlich nur über den Kondensator Cr geht und nicht etwa in die Anodenspannungsquelle oder in die nachfolgende Niederfrequenzstufe gelangen kann, muß in der Anodenleitung die Hochfrequenzdrossel Dr eingebaut werden. Die Wirkungsweise dieser Drossel ist kurz folgende: Der Anodengleichstrom der Audionröhre sowie die durch die Gleichrichtung erhaltenen Niederfrequenzspannungen können ungehindert hindurchgehen, während den Hochfrequenzspannungen der Weg versperrt ist. Damit nun die Hochfrequenzdrossel auch tatsächlich die Hochfrequenz absperrt, muß sie zweckentsprechend konstruiert sein, das heißt ihr Resonanzpunkt muß sich außerhalb des zu empfangenden Wellenbereiches befinden. Jede Spule, also auch jede Hochfrequenzdrossel, besitzt einen Resonanzpunkt, dessen Lage von der Selbstinduktion und der Eigenkapazität der Drossel gebildet wird. Unter Resonanzpunkt versteht man die Eigenwelle der betreffenden Spule (Drossel). Eine gute Drossel soll nun eine hohe Selbstinduktion und eine kleine Eigenkapazität besitzen. Desto größer die Eigenkapazität, um so mehr Hochfrequenzenergie gelangt über die Drossel, wird also nicht abgesperrt und geht verloren.

Wenn schon mit der Schaltung nach der Abb. 2 sehr gute Resultate erzielt werden können, so lassen sie sich durch Benutzung der in Abb. 3 gezeigten Schaltung noch verbessern. Diese Schaltung wird in neuerer Zeit immer mehr benutzt und ist unter der Bezeichnung „Differential-Rückkopplung“ bekannt. Wie aus der Abb. 3 ersichtlich, handelt es sich auch hierbei um eine kapazitive Regelung der Rückkopplung. Der Name der Schaltung hat seinen Ursprung darin, daß der zur Regelung der Rückkopplung benutzte Drehkondensator D.R.C. ein sogenannter Differential-Kondensator ist. Diese Kondensator besitzt zwei Statoren und einen Rotor. Seine Kapazität soll etwa 2×150 cm betragen. Wie die Abb. 3 zeigt, werden die Statoren (feststehende Plattensätze) mit den beiden Enden der Rückkopplungsspule verbunden, während der Rotor (drehbarer Plattensatz) an der Minus-Heizleitung liegt. Wie bei allen Schaltungen mit kapazitiver Regelung der Rückkopplung muß auch hier in den Anodenkreis eine Hochfrequenzdrossel Dr eingebaut werden. Für den Kauf dieser Drossel sind die bereits weiter oben gemachten Angaben zu beachten.

Es sei zu den beigefügten Abbildungen noch bemerkt, daß darin nur die wesentlichsten Einzelteile und Leitungen gezeichnet wurden. Alle fehlenden Teile usw. werden wie üblich, angeordnet. Ing. K. N.



Familie und Heim



Es klingelt

Ich sprang zur Tür, als die Flurglocke Kunde gab, daß irgendwer irgendwas vom Wohnungsinhaber will. „Eile nur nicht so, es wird ein Handwerksbursche sein,“ versuchte meine Frau zu bremsen. Sie vergaß auch nicht, nachzurufen: „Du wirst doch jetzt nichts mehr geben?“ Sie hatte richtig vermutet, auch darin mußte ich ihr beipflichten, daß wir im Almosengeben nicht mehr sehr splendid sein durften. So zog ich denn die Hand wieder leer aus der Tasche, indem ich dem „fremden Handwerker“ gestand, daß ich leider selbst arbeitslos bin und daher keine Unterstützung geben könne. Mit einer in sich hineingemurmerten Entschuldigung grüßte der Mann und stieg die Treppe hinab.

Das wiederholte sich in der ersten Zeit meiner Arbeitslosigkeit, da ich des schlechten Wetters wegen meist zu Hause blieb und auf das Klingelzeichen selbst öffnete, ungefähr sieben- bis neunmal täglich. Im Verlauf von vielleicht zwei Wochen nahm aber diese Zahl merklich ab. Die „Kunden“ blieben fast ganz aus. Was seither noch auf den Klingelknopf drückt, sind meist Leute, die erst nach schwerem inneren Kampfe ihren Stolz überwinden mußten, ehe sie sich dazu entschließen konnten, an fremder Türe um ein Almosen zu bitten. Sie versuchten durch den Verkauf von irgendwelchen Kleinigkeiten einige Groschen zu verdienen. Diese Bedauernswerten abweisen zu müssen, fällt schwerer. Sie kommen auch gewöhnlich nur einmal an die Türe, wo sie erfahren mußten, daß nichts zu holen ist. Oder was wahrscheinlicher ist, sie geben die Sache wieder auf.

Aber das Schicksal zwingt immer andere vor unsere Tür. Der Typ der Hausierer früherer Zeit ist fast ganz verschwunden. Er wurde zurückgedrängt von Arbeitslosen aller Berufe, die sich verzweifelte Mühe geben, sich und die Ihrigen über Wasser zu halten.

Vor einigen Tagen klingelte es wieder einmal. Ich öffnete einem barhäuptigen Herrn in guter Kleidung, tadellos frisiert und rasiert. Er hielt mir ein geöffnetes Etui entgegen, in dem früher wahrscheinlich Silberbestecke aufbewahrt lagen, und bot mir höflich Muskatnüsse, Wachholderbeeren, Zimt, Pfeffer usw. zum Kaufe an. Ich mußte aber mit dem Hinweis auf meine geschwundene Kaufkraft leider ablehnen. Mit beherrschtem, sehr ernstem Gesicht bat er um Entschuldigung und stieg langsam die Treppe hinab. — Wenig später öffnete ich einem Manne in den besten Jahren. An seinem kraftstrotzenden, muskulösen Körperbau mußte jeder seine helle Freude haben. „Sind Sie doch so gut und kaufen Sie mir eine Kleinigkeit ab, ich bin auch Familienvater.“ Mit diesen Worten präsentierte er mir seine Aktentasche, daraus er nacheinander Kragenknöpfe, Socken- und Ärmelhalter, Schnürsenkel und andere wenig Geld kostende Gebrauchsartikel entnahm und anpries. Alles Dinge, um die mancher hier und da einmal gewiß in Verlegenheit ist. Ich aber schüttelte zu allem den Kopf: „Es tut mir wirklich sehr leid, doch ich habe was ich brauche, bin auch ohne Arbeit und ohne Geld.“ — Da er aber nicht locker ließ, versuchte ich es mit: „Ich bin nicht dafür, totes Kapital anzulegen“, zu scherzen. Aber der Mann war sicher noch weniger zum Scherzen aufgelegt als ich. Er klappte seine Tasche unwillig zu und verabschiedete sich rasch. Sein Gesicht hatte einen todes- traurigen Ausdruck angenommen.

Dann kam ein etwas älterer Mann mit hellen Tropfen auf der linken Backe und bat um eine Unterstützung: Er sei schon lange arbeitslos und seine Frau sehr schwer krank. — Andern Tages stand ich im Arbeitsamt in der Reihe. Laute Unterhaltung und Lachen hinter mir störte mich. Und als ich mich umdrehte, erkannte ich in dem sorglosen, lauten Lacher den Bittenden vom Tage vorher. — Ja, auch das gibt es. Aber das sind Ausnahmen die niemanden abhalten sollten, dem warmen Impuls zu folgen und zu helfen, wo immer er helfen kann.

Ein steinaltes, schlankes Mütterchen, dessen füllenreines Gesichtchen ganz Liebe und Güte war, kam die fünf Treppen zu mir heraufgestiegen und bat um eine kleine Gabe. Sie blieb ein Weilchen und hinterließ mir hohen inneren Gewinn. — Viel schneller mußte ich mich ihrer jungen Nachfolgerin entledigen, die mir mit imponierender Redegewandtheit Zeitschriften zu verkaufen suchte, und zuletzt drauf und dran war, sich selbst anzubieten. — Nun sei noch des großen bageren, alten Mannes gedacht der vorhin vor meiner Türe stand und nur mit den Augen bat. Augen wie helle Fenster in einer zerklüfteten Wand, durch die man auf eine weite, trostlose Einöde schaut. Ihr Blick ward auf meinen Bescheid wie nach einem Erschrecken. Langsam, wortlos drehte sich der Alte um und stapfte schwer die Treppe hinunter. Sein großer, wie aus hartem Holz roh herausgehauener Kopf pendelte von einer Schulter zur andern.

Fr. Fl.

Menschen im Pfandhaus

Punkt neun Uhr früh öffnet sich die Pforte zum Städtischen Pfandhaus. Fünf Minuten später ist der Vorraum zu den Annahmeschaltern dicht mit Menschen, mit Männern und Frauen aus allen Kreisen, angefüllt. Jeder möchte zuerst abgefertigt werden, um schnell wieder den Ort, der Armeleutluft atmet, verlassen zu können. Elend und Not, Angst und Sorge malt sich in ihren Gesichtern ab und hat sie zerfurcht, gebleicht und ernst gemacht. Die Augen sind dunkel beschattet, liegen oft tief in den Höhlen und wandern unruhig von einem zum andern. Nur hier und da ist ein Gesicht, das eigentlich nicht an diese Stelle paßt und von Not und Elend nichts zu erzählen weiß. Vielleicht ist es auch nur Maske. Ganz besonders fallen die jungen Damen auf, die rotverschämt dastehen, obwohl man hier eigentlich die Scham zum Teufel schicken sollte.

Die Beamten, die die Pfänder zu prüfen haben, sind stark in Anspruch genommen und können jeden nicht schnell genug abfertigen. Alle möglichen Dinge, die nur einigermaßen Wert besitzen und die man oft diesen Leuten gar nicht zutraut — ein rassisger, braun und verwettert aussehender Zigeuner hält zum Beispiel ein Säckchen alte Goldmünzen und eine außer- gewöhnlich große goldene Taschenuhr in der Hand —, werden ihnen angeboten, zur Taxierung vorgelegt. Wäsche, Kleider, Pelze, Musikinstrumente, Kunstgegenstände, Gold- und Silber- waren, Schmuck, Juwelen und ähnliches werden am meisten versetzt. Hoffnungsvoll, nervös und ungeduldig schauen die Besitzer den Beamten mit zu, bis sie ihr Urteil fällen, ihnen die Summe nennen, mit der sie die Sachen beleihen können. Nur selten ist der Verpfänder mit der Summe einverstanden, meist ist sie ihm zu niedrig, und so bittet er eindringlichst, ihm doch etwas mehr zu geben, daß er wenigstens seine dringlichste Schuld tilgen könne. Aber die Beamten machen keine Ausnahme, haben wenig Verständnis dafür, lassen sich nicht rühren. Der Beruf hat sie mit der Zeit hart und unbeeinflussbar gemacht. Mechanisch behandeln sie ihre „Kunden“, mechanisch wandert dann der beliebige Gegenstand teils auf dem laufenden Band, teils durch Boten in diebessichere Räume, wo es bis zur Einlösung oder bis zum Verfall aufbewahrt wird.

Hermann Nöll.

Die Schwiegermutter

Die Schwiegermutter ist — so will es die Überlieferung — eine lächerliche Figur.

Sie ist das komische Element im Lustspiel, sie ist die Würze der humoristischen Erzählung, sie befruchtet den Geist der Satire, sie stachelt den Witz des Karikaturisten. Mit einem Wort: sie ist eine unverstehbare Quelle des Vergnügens, des Geströhens sowohl wie des Groben und manchmal des leichten Spottes, der uns unentwegt, von Generation zu Generation, immer wieder erfreut.

Allerdings kommt es auch vor, daß die Schwiegermutter Gegenstand dramatischer Vorgänge wird, aber die Macht der Gewohnheit geht soweit, daß es uns schwer fällt, nicht zu lachen, sobald die Schwiegermutter auf der Bildfläche erscheint.

Die Schwiegermutter ist keine veraltete, sondern eine klassische Figur. Sie ist international, sie beherrscht Zeit und Raum: also ist ihre Stellung im Weltall bedeutungsvoll — das sollten sich alle Schwiegermütter gesagt sein lassen.

Wenn nicht aus merkwürdigem Zufall die Schwiegermutter einmal ohne Feindseligkeit behandelt wird, so muß sie sich an den Gedanken gewöhnen, daß sie im Familienkreise den Gegenstand boshafter Unterhaltungen bildet. Wie auch immer ihr Wesen geartet sei — alles vergebens —: wir haben die un- widerstehliche Neigung, sie grotesk zu sehen.

Aber ich kenne eine ganze Reihe Menschen, die von den besten Gefühlen für die Schwiegermutter besetzt sind. Ich kenne so und sovielen Autoren von Melodramen, von dramatischen Komödien, von guten oder schlechten, düsteren, schweren oder leichten Romanen, die eine heimliche Dankbarkeit gegen nicht nur gegen ihre eigene Schwiegermutter, sondern gegen alle Schwiegermütter im allgemeinen.

O ihr Schwiegermütter, unverstehbare Quelle der Inspiration, Gott segne euch!

Jeanne Bailhache. (Deutsch von Margarete Carstens.)

Gefährliche Rache

Frau und Schwiegermutter haben den Dreher Unrund sehr geübt. Er beschließt Rache und ertränkt vorläufig seinen tiefen Groll in der „Scharfen Ecke“. Dort fand er Leidensgefährten. Nachts zwölf Uhr donnerte dann gegen die Fenster, hinter dem Mütterlein und Töchterlein sanft schlummernden, aus vier gut geschmürzten Kehlen das Trutzlied: „Erwache Volk, erwache!“

O. U.

Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücher- kreis GmbH“, Berlin 1931

XII

Trude und Gerd gehen voraus zu dem Tisch, der zufällig noch frei ist. Ihnen folgt langsam und etwas schleppend Marie, immer noch das gezwungene Lächeln, immer noch schweigsam. An ihrer Seite Fritz, der sie heimlich beobachtet und nicht klug aus ihr wird. Er spricht immer noch, laut lachend, herausprudelnd. „Trude, wieder ganz lustig und munter, tanzt schon mit Gerd. So sitzen Marie und Fritz allein.“

Er hört nicht auf mit seinem Sprechen, das Marie wehtut. Marie weiß: Er meint es ja gut, sicher meint er es gut, er will sie ja nur aufmuntern, ihr einen Kusser vertreiben, von dem er nichts abnt. Er ist ja so abgemagert. Aber sein Sprechen quält doch. Wie es quält, daß er überhaupt da ist, daß er da sitzt. Unablässig: Neben ihr!

Sie versucht zu sprechen. Mechanisch, läßlos, gequält tropfen die Worte: „Geh! Fritz! Geh fort, bitte! Und laß mich, Fritz! Und frag nicht! Das ist vorbei. Ich kann nicht mehr. Und will nicht mehr. Bitte!“

Er ist verblüfft! Er hat alles erwartet, nur das nicht. Er ist fassungslos und versteht nicht, schüttelt ungläubig, wirft den Kopf, zuckt die Schultern hoch.

„Wie —? Was —? Fortgehen —? Ja, warum denn? Das versteh ich nicht, da. Was hast du denn, Marie? Da bist ja komisch.“

Marie schüttelt hartnäckig den Kopf. Schweigt. Er nicht, starrt sie immer noch an. „Ja, was hast du denn? Also, ich freu mich wahrhaftig, natürlich, verstehst du. Ich hab immer zu dich gedacht, die ganze Jahre, wirklich Marie. Was du so machst. Und wie es dir geht und so, weißt du. Und jetzt das?“

Marie schweigt noch immer. Verhasst. Er lautet: „Ist es von wegen dem? Damals?“

Sie sieht ihn kurz an. Hart, stumm. Wie Anklage.

Fritz zuckt verlegen mit den Schultern. „War nicht schön von mir. Nee, schön war's nicht — aber... Ein Verbrechen? — na, weißt du, Marie? Dann wären alle Verbrecher. Und, sei mal ehrlich! Hab ich denn damals schlecht gehandelt? Nu schön — das Geld. Das geb ich ja zu, Marie. Das war gemein, weißt du, gemein war das von mir. Und das hab ich immer und immer mir nachher gesagt. Kamst du glauben, Marie, wirklich. Wollte es dir immer widerschießen, wußte nur nicht, wie. Hättest du nur was von dir hören lassen, sofort hättest du's wieder gehabt, bei Gott. Aber damals — weißt du. Ich konnte es da oben nicht mehr aushalten. Wenn du nicht dagewesen wärest, ich hätte mir das Leben genommen, Marie. So langweilig war das oben, so gottverlassen und jämmerlich, kanntst mir glauben. Und da bekam ich das Angebot aus Berlin. Eine feine Stelle. Nachtflokal mit dicken Trinkgeldern. Das saß. Na, und ich saß da oben. Ohne Reisegeld. Und mit dem Angebot, das mir vor der Nase wegzuackte, verstehste? Und da kamst du. Und, na, hast mir die Chance gegeben, nicht wahr? Da hab ich das Geld genommen. Weil ich es brauchte. Verdammst böllisch brauchte. Um die Chance auszunutzen. Und nicht kaputtzugehen, weißt du. Und hochkommen will man doch schließlich, nicht wahr? Will doch nicht sein ganzes Leben lang im Dreck hocken, nicht? Nee, nee — Gemeinheit war das damals nicht von mir. Wenn es auch vielleicht gemein aussah, Marie. Ich mußte weg da oben. Und du hast es doch auch selber gewollt, nicht wahr? Also, nu sei ehrlich, Marie, was sollte ich machen? Hast du mir das so — so, na, hast du mir das nicht vergessen? Marie?“

Sie verneint kopfschüttelnd, mit wehem Lächeln. „Das ist es nicht, Fritz, das nicht. Da habe ich nie dran gedacht. Dann nie.“

„Also dann doch das andere? Na, weißt du — ich versteh dich da nicht. Da kann ich nicht mit. Gut, wenn ich dir was getan hab, sieh mal, hast du denn nicht auch mitgetan, Marie. Und, paß mal auf, sieh mal — ich bin ja schließlich auch ein Mann, nich wahr, dafür kann man doch nichts, und da oben da war ich, na, eben ausgehungert. Und du bist da zu mir gekommen. Und ich hatte dich doch schon vorher gern gehabt. Vom Erntefest her. Und häßlich bist du doch auch nicht. Marie, nein, ganz im Gegenteil, siehste, und — da ist es eben so gekommen. Und, Marie, das kommt immer so. Wenn man mal so weit ist, dann ist man eben nicht mehr vernünftig, dann geht man durch, verstehst du. Dafür kann man doch nichts. Wenn man jung ist, Marie. Und jung sind wir nun mal. Und Krüppels auch nicht! Na also! Nu sei wieder gut, Marie. Paß mal auf: Ich hab dich gern gehabt und hab dich immer noch gern und bin froh, daß du wieder da bist. So froh — daß ich noch nicht mal dich gefragt hab, wie du eigentlich hier her kommst! Ist das etwa kein Beweis?“

Plump zärtlich, etwas verlegen, aber täppisch griffstar, nimmt er ihre Hand, die sie — zu schwach, sie ihm zu entwinden — ihm läßt. In ihrem Kopf wirbelt jetzt alles durcheinander.

Was ist das —? Ja, was hat sie ihm eigentlich vorzuwerfen. Was denn —? Marie weiß selbst nicht mehr Bescheid. Da sitzt der Mann, der Mann, der doch der Vater ihres Kindes ist und den sie doch einmal gern gehabt hat. Hat sie ihn jetzt noch gern? Marie fragt es sich und kann sich keine Antwort geben. Es ist alles so unklar, so schwankend.

Warum wollte sie ihn eigentlich fortschicken? Die Angst war daran schuld. Die Angst, Trude könnte alles erfahren und könnte erzählen, die Herrschaft könnte es erfahren, daß sie den Vater ihres Kindes wiedergetroffen habe, und könnte falsche Schlüsse daraus ziehen. Und dann —?

Plötzlich fällt es Marie ein, daß er ja gar nichts weiß.

Ihr Gesicht wendet sich jäh und spähend ihm zu. Tonlos fragt sie ihn: „Weißt du — daß ich von dir — ein Kind hab —?“

Fritz fährt zusammen. Starrt sie an. Senkt dann den Kopf. Erst jetzt begreift er.

Vorsichtig und scheu hebt er wieder den Blick zu ihr. Tatsächlich sie plump, schweigt aber noch. Langsam faßt er sich. Fragt: Ohne ihn anzusehen, erzählt sie. Alles. Von dem Abend an, an dem sie sich zum letztenmal getroffen hatten, bis jetzt.

Fritz ist still geworden und kleinlaut. Er sieht sich verlegen um. Jetzt ist es fürchterlich für ihn, hier zu sitzen. Es ist ihm, als habe der ganze Saal zugehört und weise nun mit dem Finger auf ihn. Er schämt sich. Und Marie fühlt es. Und zum erstenmal spürt sie wieder Wärme für diesen Mann, der neben ihr sitzt, mit geducktem Kopf schweigt und ihr rätselhaft ist.

Fritz reißt sich zusammen. Es kommt gezwungen, doch wohl echt aus ihm heraus: „Wenn es so ist, Marie, dann müssen wir eben recht zusammenhalten, verstehst du? Und — froh bin ich doch, Marie. Und jetzt mußt du auch froh sein, weißt du? Kopf hoch, Marie! Ich bin kein Schuft!“ Und leiser: „Und ich hab dich gern, Marie.“

Marie sieht an ihm vorbei. Was soll sie nun glauben? Wem soll sie glauben — ihm oder dem Leben? Sie weiß nicht. Noch nicht. Sie bittet nur Fritz, Trude, ihrer Freundin nichts von alledem anzudeuten.

„Ich hab jetzt Ruhe, Fritz. Und ich will die Ruhe nicht verlieren. Nicht wie damals.“ Fritz verspricht es. Sie sitzt schweigsam. Bis er einem Kollegen winkt und Wein bestellt.

Fritz schenkt ein, schiebt ihr wortlos das Glas hin, hebt das seine hoch, Marie entgegen.

Die sieht ihn an. Zögert. Sieht ihn immer wieder an. Langsam rückt ihre Hand an das Tischtuch. Dem Glase zu. Zögert will zurück, will hin, kreist um das Glas. Die Finger heben sich zu dem dünnen Fuß, wollen zu ihm, umfassen ihn. Langsam hebt die Hand das Glas. Es schwankt über dem Tisch. Die Hand drückt das Glas höher. Dem Mund zu, den noch immer das wehe Lächeln umspielt. Wieder Schwanken in der Luft. Wie Kurven, die den Kampf um einen Entschluß aufzeichnen.

Fritz stößt sein Glas an das ihre. Der Klang ist hell und gut. Marie empfindet das deutlich.

Ihre Hand gibt ihrem Glas einen Stoß. Kühlend und beruhigend rinnt der Wein über ihre Zunge. Marie lächelt wieder schweigsam Fritz zu. Sie hat den Kampf ausgekämpft. Nur weiß sie nicht, hat sie gesiegt oder ist sie besiegt worden?

Das ist so leicht, Entschlüsse zu fassen. Sich sagen: Ich will so und so. Und ich werde das und das tun. Das ist leicht. Schwer ist es, zu verwirklichen. Da sind diese lächerlichen Zufälle und belanglosen Begleitumstände. Lächerlich und belanglos, kleine Dinge, aber wirksam genug, große Entschlüsse unwirksam zu machen.

Hat Marie das nicht so oft schon erfahren —? Sie muß auch jetzt wieder erfahren.

Sie hat — wenigstens vorläufig, in unklarer Angst — Fritz ihre Adresse verheimlichen wollen.

Der sitzt da und erzählt. Von sich und seinem Beruf, witzig von sonderlichen oder komischen Gästen, interessant von intimen oder heiklen Situationen, die er als Nachtkellner „erlebt“ hat. Gerd und Trude müssen oft und plötzlich lachen. Fritz, zwischen den breitgezogenen Lippen die pendelnde Zigarre, nickt Bekräftigung.

„n doller Beruf das! Wie gesagt: hochinteressant. Natürlich wenn man Augen im Kopp hat. Und, versteht sich, siehst du, Siegel vor den Lippen.“

Nur eins stimmt unzufrieden. Der weite Weg nach Hause wenn es abends spät wird. Gerd fragt, wo er wohnt. Im alten Westen. Die und die Straße.

Trude staunt. Das ist ja nur wenige Schritte von Marie. Stelle entfernt. Nur drei Querstraßen weiter. Jetzt staunt auch Gerd. Trude und er wundern sich, daß dann Marie und Fritz in den ganzen Jahren auch nicht ein einziges Mal sich getroffen haben. „Nicht wahr, Marie? Ist das nicht komisch?“

Marie nickt. Aber schweigt. Jetzt weiß er, wo sie wohnt. Und er wohnt in ihrer Nähe. Wie seltsam! Und doch wieder nicht. Gibt es nicht gerade im alten Westen Tausende von möblierten Zimmern? Und doch, ist Berlin nicht so groß, daß es anders sein könnte, anders sein müßte? Marie zuckt mit den Schultern. Nun ist es so. Und damit muß Marie sich nun abfinden. Aber es erschwert auch alles. Es wirft die ganzen Entschlüsse um. Wie schon einer lächerlich geworden ist. Marie denkt schamhaft nach. Wie soll ich damit rechnen? Was wird das? Was wird daraus werden? — Sie findet sich nicht zurecht.

Trude und Gerd, die in anderer Richtung fahren müssen, haben sich auf dem Bahnhof verabschiedet. Es versteht sich von selbst, daß Fritz nun Marie, die ursprünglich mit Trude hat fahren wollen, nach Hause bringt.

(Wird fortgesetzt)

Vagabundenpause

Wir stehen im Regen und wissen nicht wohin. —
 Es wäre schön sich auszuruhen
 In sauberen Betten, warmen Ofenecken.
 Man flüstert leis dem nächsten Fenster zu:
 Ihr lieben Bürger: „Götz von Berlichingen!“

So ist die Welt zum trauern gut.
 Uns wachsen keine Flügel mehr,
 Zu hohem Flug weist kein Gestirn.
 Nicht einen Hund, so sagt ihr oft,
 Jagt man bei bösem Wetter vor die Tür.

Sogar die Mauselöcher, in die wir kriechen könnten,
 Sind verstopft.
 Ein blondes Mädel lacht recht froh;
 Wer weiß warum, vielleicht, —
 Es lacht sich schnell mit Regenschirm.

Der einzige Mensch, der mit uns flucht,
 Und seine Würde einsichtsvoll vergaß,
 Ist ein ergrauter Polizist; jovial
 Grüßt er nach kurzer Frage mit „Servus!“
 Und spuckt bedeutungsvoll auf's Pflaster.

Alexander Merly.

Hauptversammlung der Volksfürsorge

Im neuen Verwaltungsgebäude in Hamburg fand kürzlich die Generalversammlung der Volksfürsorge statt. Als Vertreter der Aktionäre waren bekannte Persönlichkeiten aus der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung erschienen, um durch die Beschlüsse der Generalversammlung erneut Zeugnis abzulegen von der gemeinnützigen Wirksamkeit und der großen Leistungsfähigkeit des Versicherungsunternehmens der Arbeiterschaft. Der Vorstand legte den Rechenschaftsbericht vor. Vom Gesichtspunkte der gegenwärtigen Wirtschaftslage gesehen, das das vorjährige Geschäftsergebnis nicht nur als befriedigend, sondern als durchaus günstig bezeichnet werden. Es ist selbstverständlich, daß bei der großen Arbeitslosigkeit viele Arbeitnehmer, selbst wenn sie das Bedürfnis nach einer Lebensversicherung haben, den Abschluß nicht durchführen können, weil es an den notwendigen Einkünften mangelt. Wenn es unter diesen Umständen doch gelang, 416 000 neue Versicherungen abzuschließen, ist dies ein Beweis des großen Vertrauens, das die Volksfürsorge in weitesten Schichten der arbeitenden Bevölkerung genießt. Der Versicherungsbestand am Ende des Vorjahres beziffert sich nach den Angaben im Vorstandsbericht auf 2 186 687 Versicherungspolice mit 850 793 456 M Versicherungssumme.

Vom Vorstand konnte insbesondere darauf hingewiesen werden, daß die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens auch unter dem jetzigen Krisenzustand nicht gelitten hat und in dieser Richtung liegende Zweifel vollkommen grundlos sind. So recht bekräftigt werden die letzten Ausführungen auch durch die weiteren Zahlen im Geschäftsbericht. Die Einnahmen aus Prämien und Kapitalerträgen beliefen sich 1930 auf 59 343 863,39 M. Die Versicherungsleistungen bei Sterbefällen erreichten 3 515 032,45 M. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Überschuß von 13 089 993,44 M. Auf Vorschlag des Vorstandes und Aufsichtsrates wurde durch die Generalversammlung die Verteilung des Überschusses wie folgt vorgenommen (abgerundete Zahlen):

- 1. Für die mit Gewinnanteilen Versicherten 11,48 Mill. M
- 2. Für den gesetzlichen u. die übrigen Reservefonds 1,4 Mill. M
- 3. Für Verzinsung des Aktienkapitals 0,05 Mill. M
- 4. Vortrag auf neue Rechnung 0,15 Mill. M

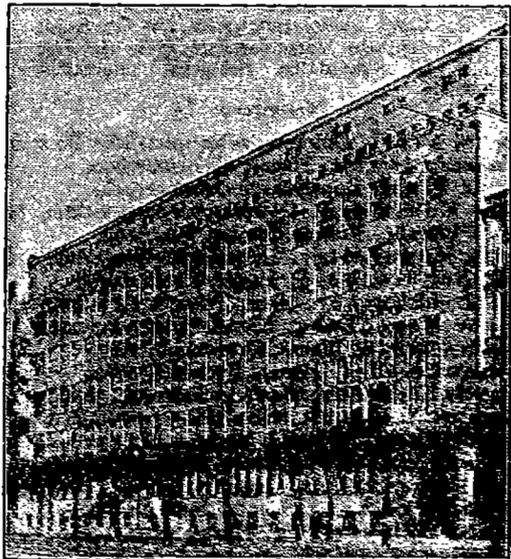
Diese Verteilung gestattet es wiederum, den mit Gewinnanteilen Versicherten in der

- Volksabteilung 30 vH,
- Lebensabteilung 35 vH

der Jahresprämie als Gewinnanteile gutschreiben. Darüber hinaus wird den 1924 mit Gewinnanteilen Versicherten noch nachträglich eine Erhöhung der Gewinnanteile in der

- Volksabteilung um 10 auf 20 vH,
- Lebensabteilung um 5 auf 25 vH

zugestanden. Die Bilanz schließt in ihren Endzahlen auf der Aktiv- und Passivseite je mit 140 108 812,79 Reichsmark. Diese große Leistung war nur möglich durch das enge Zusammenwirken aller Kräfte. Die aufopferungsvolle Arbeit der Funktionäre, die umsichtige Verwaltung und die weitgehende Unterstützung durch die Gewerkschaften und Genossenschaften und andere befreundete Organisationen haben daran großen



Anteil. Das Ergebnis des Geschäftsjahres 1930 hat erneut unter Beweis gestellt, daß die Volksfürsorge nicht nur eine gute, sondern auch eine billige Lebensversicherung bietet. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Volksfürsorge ihre Leistungsfähigkeit noch bedeutend steigern kann, wenn alle Gewerkschaftskollegen daran denken, daß sie Versicherungen für sich und ihre Familienangehörigen nur bei ihr abschließen. Nach zweijähriger Bauzeit nahm am 1. Juni die Volksfürsorge ihr neues Verwaltungsgebäude in Hamburg in vollem Umfange in Betrieb. Das achtgeschossige Gebäude, direkt an der Außenalster gelegen, macht einen guten

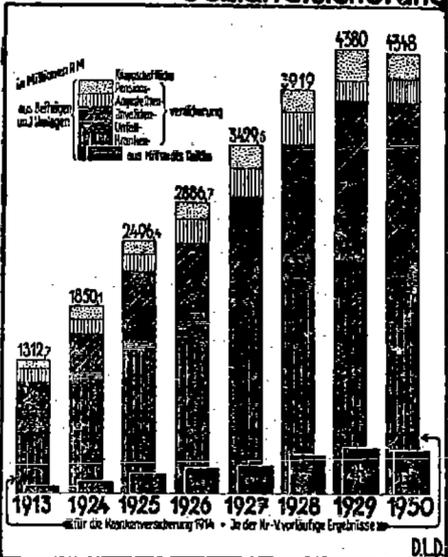
Eindruck. Es ist Eisenskelettbau. Das Äußere zeigt eine schlichte Architektur. Die Wände sind mit dünnen schwäbischen Kalkplatten verkleidet. Zur Belebung der Fassade bestehen einzelne Umrahmungen aus grünem Porphyrt. Die Herstellung erfolgte in zwei Abschnitten und war eine willkommene Unterstützung des daniederliegenden Baugewerbes. Die innere Einrichtung ist schlicht, aber zweckmäßig.

Bei allen neuen Bauten der Arbeiterschaft haben wir beobachten können, daß die Zweckmäßigkeit immer im Vordergrund gestanden hat. So ist es auch bei der Volksfürsorge. Jeder Winkel des Hauses und jeder geschichtete Stein ist zweckbestimmt. Vielleicht gelingt es gerade dadurch den Arbeiterorganisationen immer wieder, auch einen architektonisch eindrucksvollen und wichtig wirkenden Bau zu erstellen.

Die Volksfürsorge begann bei der Gründung mit der Abwicklung der geschäftlichen Tätigkeit in zwei kleinen Räumen. Mit der Ausdehnung des Geschäftsbetriebes und mit dem ungeheuren Aufstieg des Unternehmens wuchsen auch die nötigen Räume, und so entstand jetzt das Haus in Hamburg, in dem die Betreuung der 2,2 Millionen Versicherten erfolgt.

Die Volksfürsorge hat von besonderen Einweihungsfestlichkeiten abgesehen und dafür den Arbeitslosen in Hamburg eine größere Summe zur Verfügung gestellt.

Aufwand für die deutsche Sozialversicherung



Die Entwicklung der deutschen Sozialversicherung

Auch die letzte Notverordnung der Regierung Brüning hat wieder wesentliche Punkte der Sozialversicherungsgesetze geändert. Insgesamt hat sich seit 1924 ohne Berücksichtigung der Arbeitslosenversicherung der gesamte Aufwand für die deutsche Sozialversicherung zweieinhalbmal erhöht. Von den rund 34 Millionen Erwerbstätigen Deutschlands sind versichert gegen Unfallfolgen noch 23,7 Millionen gegen Invalidität und Altersfolgen 22,3, gegen Krankheit 22 Millionen und gegen die Arbeitslosigkeit 16,5 Millionen Menschen. Eine Rente erhielten in der Invalidenversicherung im Jahresdurchschnitt 1930 3 1/4 Mil-

lionen Menschen. In der Unfallversicherung etwas über 1 Million. In der Krankenversicherung 670 000. Knappschaftlichen Pensionsversicherung 226 000 und in der Arbeitslosenversicherung erhielten 1930 durchschnittlich 1,8 Millionen Menschen Unterstützung. Insgesamt wurden also im Jahre 1930 durchschnittlich 7,6 Millionen durch die Sozialversicherungen unterstützt, jedoch sind in dieser Zahl nicht feststellbare Doppelzählungen, da viele Rentner gleichzeitig in mehreren Sozialversicherungen Renten erhalten können. Auf jeden Fall zeigen diese Zahlen, daß Deutschland trotz der ungeheuren Not des Jahres 1930 eine große soziale Leistung vollbrachte.

Anrechnung der Kriegsrente auf die Arbeitslosenunterstützung

Nach § 112 a des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurde auf Grund einer vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten seinerzeit durchgesetzten Bestimmung, die auf einer Kriegsdienstbeschädigung beruhende Rente nicht auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet. Durch die neue Notverordnung ist diese Bestimmung beseitigt worden. Lediglich 15 M von der monatlichen Rente sowie die Pflegezulage, die Führerzulage und die Zusatzrente werden künftig nicht angerechnet. Im übrigen wird aber die Arbeitslosenunterstützung bei dem arbeitslosen Kriegsbeschädigten und der erwerbslosen Kriegserwitte um den Rentenbetrag, soweit er 15 M monatlich übersteigt, gekürzt. Wird zum Beispiel ein verheirateter, 50 vH erwerbsbeschränkter Kriegsbeschädigter, der für zwei Kinder zu sorgen hat, arbeitslos, so werden ihm von der ab 1. Juli in der Ortsklasse B zustehenden Rente von 57,80 M 42,80 M auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet, so daß er bei einem Unterstützungsbetrag von zum Beispiel 60 M monatlich tatsächlich nur 17,20 M Arbeitslosenunterstützung im Monat künftig erhalten wird. Gegen derartige brutale Kürzungsbestimmungen erhebt der Reichsbund der Kriegsbeschädigten scharfen Protest. Er ist bereits an die Fraktionen des Deutschen Reichstages mit dem Ersuchen um baldigste Änderung der unhaltbaren rigorosen Bestimmungen der Notverordnung herangetreten.

Vorträge über Fragen der Arbeits- und Gewerbehygiene

Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene veranstaltet vom 1. bis 4. Juli in Bonn einen allgemeinen Vortragskurs über neuere Fragen der Arbeits- und Gewerbehygiene. Die Vorträge behandeln u. a. allgemeine Grundsätze und neuere Forschungsergebnisse auf dem Gebiete der Gewerbehygiene, Arbeitsphysiologie und Unfallverhütung, Fragen der gewerblichen Gifte und des gewerblichen Staubes, Aufgaben für Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf gewerbehygienischem Gebiete, Bürohygiene usw. Mit dem Kurse sind Besichtigungen gewerblicher Betriebe verbunden. Der Kurs wendet sich an alle Kreise, denen in Wissenschaft und Praxis die Fragen des gesundheitlichen Arbeitsschutzes angehen. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Platz der Republik 49.

Sprüche zur Gesundheit

Der Geist in hohen Ehren! Allein ein schöner Körper soll ihn würdig fassen.
 Ein Götterlieblich trinkt den edlen Wein gewiß nicht aus zerbrochenen Kaffeetassen.
 Rudolf Presber.

Die besten Ärzte in der Welt, trotz aller Neider, aller Hasses, es sind, im Bunde treu gesellt:
 Diät, Bewegung, Licht, Luft, Wasser!
 Philo vom Walde.

Das Rätsel um den Schloßherrn von Laeke-Bosschen

Von Heinrich Wandt

IV.

Das Urteil von Brüssel

Ein Unteroffizier der Kommandantur, namens Fritz Geißler, der in Gent aufgewachsen war und darum das Französische und Flämische fließend und mit dem typischen einheimischen Akzent sprach, wurde nunmehr damit beauftragt, das Rätsel um den Schloßherrn von Laeke-Bosschen, das den bequem Beherrschern der Etappe nachgerade viel Ärger zu bereiten begann, an Ort und Stelle aufzulösen.

Er war schon öfters und meistens auch mit Erfolg als Detektiv verwandt worden, und er ging auch dieses Mal in geschickter Weise zu Werke, indem er sich als flandrischer Karbidhändler auf den Weg begab und in Ruddervoorde und Umgebung von Haus zu Haus wanderte und seine Ware anbot, um mit den Ortsansässigen auf eine unauffällige Art ins Gespräch zu kommen.

Schlimme Erfahrungen hatten nämlich die schon von Natur aus mißtrauischen Bauern so gewitzigt, daß sie in jedem auftauchenden Fremden einen Spitzel der Deutschen witterten und sie sich bei einer etwaigen Unterhaltung mit ihm die dringende Mahnung ihres Gemeindevorstandes zur Richtschnur dienen ließen: „Halte den Mund, denn der Baron ist tot, und wir können ihm nicht mehr helfen. Wir müssen mit dem Hinausschreien der Wahrheit warten, bis die Deutschen das Land verlassen haben!“

Geißler, der auch das charakteristische Gebraue eines echten Sohnes des flämischen Volkes an sich hatte, gelang es indessen, ihren derartigen Verdacht einzuschläfern und sie zum offenen Reden zu bringen. Auf diese Weise ermittelte er, daß sich der verschwundene Jagdaufseher nicht nur am Pfingstsonntagmorgen in der Nähe des Wäldchens, in dem der Mord verübt wurde, aufgehalten, sondern daß er auch, was noch viel wichtiger war,

die beiden Offiziere trotz ihrer Verkleidung erkannt hatte. Seinen in der freien Natur geschärften Augen war während seines häufigen dienstlichen Aufenthalts im Schloß Laeke-Bosschen nichts entgangen. Er hatte auch das Liebesverhältnis gewußt, das der elegante deutsche Rittmeister mit der Baronin unterhielt, und er war auch, wie seine verschiedenen Andeutungen bewiesen, nicht im geringsten über die Ursache im Zweifel, die den Grund für die gewaltsame Beseitigung des Barons bildete.

Geißler hatte bei seinem vorsichtigen Aushorchen der Bevölkerung von Ruddervoorde und Umgebung noch mehr Glück: er stellte auch einige Lakaien des Barons fest, die den Prinzen Udo trotz seiner Vermummung und trotz seines falschen Bartes erkannt hatten. Er stieß noch auf weitere und so äußerst stichhaltige schwere Verdachtsmomente, daß das Kriegsgericht der Etappen-Kommandantur Gent die Täterschaft der beiden Garde-Ulanen-Offiziere nicht mehr von der Hand weisen konnte. Sie erstattete ihrer vorgesetzten militärischen Behörde Meldung über das Ergebnis der Geißlerschen Nachforschungen, und am 28. März 1916 wurden auf deren Ersuchen

der Freiherr und der Prinz verhaftet, und zwar auf dem östlichen Kriegsschauplatz, auf den ihr Regiment mittlerweile abtransportiert war.

Im Gefängnis an der Nieuwen Wending in Gent, in das man sie eine Woche daauf einlieferte, erfreuten sie sich der größten Rücksichtnahme. Der Freiherr beschwor auch, als er

während des Ermittlungsverfahrens eidlich als Zeuge vernommen wurde, von der Sache nichts zu wissen. Aber auch dadurch konnte er sich nicht weiß waschen. Es nützte den beiden Angeschuldigten auch die ungeheuerliche Frivolität nichts, die sie bei der Absendung des Briefes bekundet hatten, in dem sie den von ihnen lebendig begrabenen Schloßherrn von Laeke-Bosschen zu einem fröhlichen Bankett einluden. Das Beweismaterial war erdrückend und verdichtete sich immer mehr, so daß ihnen auch das raffinierteste falsche Alibi nicht mehr helfen konnte. So mußten sie schließlich ihre Tat eingestehen, wiewohl sie natürlich alles versuchten, um sie zu beschönigen und abzuschwächen. Es wurde ihnen bei ihrer Vernehmung auch mancher gute Wink dazu gegeben, und in den gerichtlichen Protokollen blieb manche erwiesene Einzelheit des grauenhaften Pfingstverbrechens gänzlich unerwähnt.

Die Hauptverhandlung

gegen sie fand vor einem besonderen Feldkriegsgericht statt, das am 7. Juni 1916 in dem riesigen Justizpalast in Brüssel zusammentrat und hinter verschlossenen Türen tagte. Ein Vertreter des Kaisers war dabei anwesend, und man hatte auch eine große Anzahl von Kriegsgerichtsräten als Zuhörer zugelassen.

Aber sie mußten sich verpflichten, über das, was sie vernahmen, das strengste Stillschweigen zu bewahren. Denn in Deutschland herrscht bekanntlich von alters her sowohl im Kriege wie auch im Frieden der schöne und für unsere Militärs gewiß auch recht praktische Brauch, jede öffentliche Erörterung von Gesetzesverletzungen, die sich Offiziere zuschulden kommen ließen, möglichst zu verhindern, indem man sofort die Sicherheit des teuren Vaterlandes für gefährdet erklärt.

Das Gericht verneinte Mord,

denn es übersah geflissentlich alle sorgfältigen Vorbereitungen, die die beiden edelgeborenen Unmenschen zwecks guten Gelingens ihrer furchtbaren Untat getroffen hatten. Es suchte den Anschein zu erwecken, als ob es der Versicherung von Gagersn Glauben schenke, daß er die beiden Spaten nur mitgenommen habe, damit er selbst mit ihnen verscharrt werden könne, wenn es der Himmel so wolle, daß nicht der Baron, sondern er bei dem „ehelichen Zweikampf“ falle...

Es erklärte zwar, daß das Verbrechen nahe an Mord grenze, aber es erkannte gegen den Freiherrn nur wegen Totschlags auf Entfernung aus dem Heere und 14 Jahre und 6 Monate Zuchthaus und vereinigte diese Strafe mit der wegen des Meineids verhängten Zuchthausstrafe zu einer Gesamtstrafe von 15 Jahren Zuchthaus.

Von einer Aberkennung der Ehrenrechte wurde ausdrücklich abgesehen, denn das Gericht schien die Ansicht zu vertreten, daß sich von Gagersn durch die Begehung einer solchen abscheulichen Tat und die Leistung eines kleinen Meineids noch lange nicht der Verletzung seiner adeligen Standesehre schuldig gemacht hätte.

Eine noch viel blutigere Verhöhnung der Gerechtigkeit stellte aber das Urteil dar, das dem Prinzen Udo gesprochen wurde. Er erhielt nämlich

nur 6 Monate Festungshaft

wegen „Beihilfe zum Zweikampf mit tödlichem Ausgang“. Das Gericht behauptete, es nehme an, daß der von ihm so äußerst zart angefaßte Fürstensproß tatsächlich der Meinung gewesen wäre, daß in dem Wäldchen bei Ruddervoorde nur ein „Duell ohne Zeugen“ stattfinden sollte... (Fortsetzung folgt.)



Verbandsleben



Der Arbeitsbeschaffungsplan der Kommunisten

Von einem Betriebsratsvorsitzenden wird geschrieben:

Um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, hat auch die Kommunistische Partei ein Arbeitsbeschaffungsprogramm von sich gegeben, das am 29. Mai in der Roten Fahne unter dem Titel „Arbeitsbeschaffungsplan der KPD“ veröffentlicht wurde. Nun haben wir in Deutschland bestimmt keinen Mangel an Arbeitsbeschaffungsprogrammen, dagegen leiden wir an einem außerordentlichen Mangel an Arbeit. Dieser Zustand ist mittlerweile vielleicht auch den amtlichen Stellen bekannt geworden. Der Überfluß an Programmen hielt die KPD nicht davon ab, auch ihrerseits ein Programm aufzustellen.

Im ersten Abschnitt, der sich mit den vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten befaßt, wird außer anderem die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich und die Wiederherstellung der vor dem Lohnabbau bestehenden Löhne und Gehälter gefordert. Diese Forderung wagt eine Partei zu stellen, die mit daran schuld ist, daß die Voraussetzungen für die erfolgreiche Abwehr des Lohnraubs nicht in ausreichendem Maße waren. Durch den jahrelangen planmäßigen, mit nicht mehr zu überbietenden Gemeinheiten geführten Kampf gegen die freien Gewerkschaften und ihre Funktionäre hat die KPD die gezielte Stärkung der freigewerkschaftlichen Organisation bedeutend gehemmt. Hunderttausende von Proletariern stehen, verwirrt durch die Parolen der KPD, abseits und glauben den Schutz einer gewerkschaftlichen Organisation nicht zu benötigen. Das Buhlen um den Beifall der „klassenbewußten Unorganisierten“ war eine Verhöhnung der Notwendigkeit, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Durch das Herunterreißen der gewerkschaftlichen Tätigkeit und ihrer Erfolge wurde das unerlässliche Vertrauen zerschlagen, sowie Mißtrauen gezüchtet und bis zum Haß gesteigert. Wenn heute Blätter vom Schlage des Berliner Lokal-Anzeigers oder des Völkischen Beobachters über das „Bonzenium“ geifern, so hat die kommunistische Presse die Klischees dazu geliefert. Eine Partei, deren Hauptblatt, die Rote Fahne (vom 4. Juni), schreibt: „Die ausführenden Organe dieser Politik in den Betrieben sind die freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Betriebsräte, deren Wirken eine beständige Gefahr für das kämpfende Proletariat bedeutet“, dann liefert diese Partei den Beweis, daß sie reaktionär ist.

Durch den Lohnabbau sind Milliarden von Mark an Kaufkraft der arbeitenden Masse verloren gegangen. Jetzt fordert dieselbe Partei, die durch ihre Verunglimpfung und Schwächung der Gewerkschaften an dem Lohnabbau nicht unschuldig ist, das in ihrem Programm, was die freien Gewerkschaften schon seit Jahr und Tag fordern, nämlich die 40stündige Arbeitswoche mit vollem Lohnausgleich. Weiter wird im ersten Abschnitt des kommunistischen Programms die Herabsetzung der (sozialgesetzlichen) Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre verlangt. Die Berufsunfähigkeitsgrenze soll von 66½ vH auf 50 vH ermäßigt werden, alle über 50 Jahre alten Arbeiter erhalten das Recht, bei Erreichung dieser Grenze sich pensionieren zu lassen. Die Renten sollen von 38 M im Durchschnitt auf 100 M den Monat erhöht werden, der Familienzuschlag von 10 auf 25 M gesetzt werden.

Um die Schaumblase dieser Forderungen zu erkennen, ist ein Hinweis auf ihre finanziellen Auswirkungen notwendig. Nach einer Schrift der Deutschen Landesversicherungsanstalten betrug die Zahl der Renteneempfänger im Jahre 1929 insgesamt 3,4 Millionen Menschen. Davon waren 2.150.000 Versicherte, 590.000 Witwen und 670.000 Waisenrenten. Bei der Annahme, daß bei der Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre nur 350.000 Versicherte hinzukämen, eine Zahl die eher zu niedrig als zu hoch sein dürfte, würde sich die Zahl der versicherten Renteneempfänger (ohne Witwen und Waisen) auf rund 2½ Millionen Menschen beziffern. Da gleichzeitig die Renten von 38 auf 100, also um 62 M je Monat erhöht werden sollen, so würde eine jährliche Mehrbelastung von rund 2 Milliarden Mark eintreten. Hinzu kämen noch die zusätzlichen Belastungen für Erhöhungen der Zuschläge für die zuschlagsberechtigten Angehörigen, Witwen und Waisen. Durch die Pensionierung der Arbeiter, die das 50. Lebensjahr erreicht haben und gleichzeitig zu 50 vH berufsunfähig sind, würde die Zahl der Arbeiter nach den Angaben des Arbeitsbeschaffungsprogramms selbst 2.700.000 betragen. Ob diese Zahl stimmt, sei dahingestellt. Angenommen, sie wäre richtig, dann würde diese Maßnahme eine Mehrbelastung von 3240 Millionen Mark jährlich bedeuten. Wo dieses Mehr an Ausgaben hergenommen werden soll, verschweigt der kommunistische Programmierer. Aus dem Handgelenk heraus werden eben von den Kommunisten Forderungen aufgestellt, deren Verwirklichung Unsummen beanspruchen, über deren Beschaffung jedoch kein Wortchen geredet wird. Leider gibt es immer Arbeiter in Menge, die sich durch solche papierne Manöver täuschen lassen.

Der zweite Abschnitt des kommunistischen Arbeitsbeschaffungsprogramms fordert Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten. Es ist unmöglich, im Rahmen dieses Aufsatzes sich mit allen Einzelheiten dieses Abschnittes zu befassen. Gesagt soll nur werden, daß außer einem zusätzlichen Wohnungsbauprogramm von circa 100.000 Wohnungen jährlich, dessen Kosten in dem Programm selbst auf 3 Milliarden beziffert werden, die Elektrifizierung der Reichsbahn, sofortige Instandsetzung der Straßen, Ausbau des gesamten Straßennetzes, Bau besonderer großer Durchgangsstraßen für den Autoverkehr, Bau von Talsperren, Siedlungshäusern, Sport- und Spielplätze usw., usw. gefordert werden. Die Mittel für die Durchführung dieser Arbeiten gehen gleichfalls in die Milliarden.

Der dritte Abschnitt regelt die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung. Hier zeigt es sich mit aller Deutlichkeit, daß es den Programmachern nicht darauf ankam, Arbeitslose in Lohn und Brot zu bringen, sondern auf die Verwirrung der Köpfe. Eine Partei, die heute den breiten Massen erzählen will, daß in Deutschland parlamentarisch sowie außerparlamentarisch die Voraussetzungen für die Streichung sämtlicher militärischer Ausgaben, Streichung sämtlicher Zuschüsse des Reiches, Länder und Gemeinden für die Kirchen, vorhanden sind, ist ein Sprücheklopfer schlimmster Sorte. Daß in diesem Abschnitt auch einige vernünftige Gedanken über Besteuerung der Dividenden und der Aufsichtsrats-Tantiemen vorhanden sind, kann an dem Vorgesagten nichts ändern.

Im 4. Abschnitt eröffnet das Programm seinen wirklichen Zweck. Der Abschnitt trägt den Titel: „Der Kampf für unseren Arbeitsbeschaffungsplan“, und besagt gleich vorweg, daß die Sozialdemokraten und freien Gewerkschaften im Kampf für dieses Programm an der Seite der — Trustkapitäne und Börsenhyänen stünden. Weiter heißt es dort, daß die „reformistischen Verderber“ der deutschen Gewerkschaft für die kapitalistische Ausbeutung und für den Youngplan seien. Darum müsse jetzt in allen Abteilungs-, Betriebs- und Bezirksversammlungen über dieses Programm geredet werden, um so die verräterischen Gewerkschaftsführer und die reformistischen Betriebsräte vor den Augen der Arbeiterklasse zu brandmarken.

Als Kampfmaßnahme für dieses Programm wird ein brüderliches Kampfbündnis zwischen den Beschäftigten und den Erwerbslosen verlangt, weiter die Arbeiterschaft aufgefordert, mit Stolz ihre Blicke nach Sowjetrußland zu richten, und ähnliche Schnurrpfeifereien mehr. Man sollte meinen, daß die deutsche Arbeiterschaft mit Scham ihre Blicke nach dem Berliner Rathaus richten müßte, wo es die Kommunisten in Gemeinschaft mit den Deutschnationalen und Wirtschaftsparteilern fertig brachten, eine Magistratsvorlage, die den Bau eines neuen Arbeitsamts vorsah, niederzustimmen und so Tausende von Arbeitern um Arbeit und Brot brachten.

Wenn wir uns etwas ausführlicher mit dem Arbeitsbeschaffungs-Programm der KPD beschäftigt haben, so nur deswegen, um zu zeigen, daß diese Partei auch in der schwersten Not, in der sich die arbeitende Klasse zurzeit befindet, nichts anderes weiß, als mit den gewässigten Mitteln gegen das Bollwerk der Arbeiterschaft, gegen die freien Gewerkschaften anzukämpfen. Wann endlich wird der Zeitpunkt kommen, wo diesen Zeitgenossen klar gemacht wird, daß sie aufzuhören haben, mit den Arbeitern Schindluder zu treiben?

Kommunistischer Verleumder verurteilt

Mit welcher Gewissenlosigkeit die Kommunisten gegen die Gewerkschaften vorgehen, beweist ein Prozeß in Leipzig. Angeklagt war der verantwortliche Schriftleiter der kommunistischen Sächsischen Arbeiterzeitung, der Reichstagsabgeordnete Ernst Schneller. Mitte November des letzten Jahres brachte das Blatt mehrere Aufsätze gegen die Leipziger Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die Kollegen Schäfer und Brumme. Gegen sie wurde in dem kommunistischen Blatte der Vorwurf erhoben, sie und der Metallarbeiter-Verband hätten geheime Abmachungen mit den Metallindustriellen getroffen, um die Metallarbeiter bei den Kämpfen um den Manteltarif zu betrügen. Dieser Unsinn ging durch die ganze kommunistische Presse und wurde von den gutgläubigen Moskowitern als wahr angenommen.

Am 22. November wurde eine neue Bombe gegen die Leipziger Ortsverwaltung des DMV geschleudert. Die Sächsische Arbeiterzeitung schrieb nämlich: Während des Berliner Metallarbeiterstreiks hätten die Gewerkschaftsbürokraten mit den sächsischen Metallindustriellen verabredet, die Entscheidung für Sachsen hinauszuschieben. Die DMV-Führung hätte vertraulich erklärt, ein Kampf käme nicht in Frage. An die SPD-Presse sei die Anweisung ergangen, ebenfalls Stillschweigen zu bewahren. Heraus aus der SPD, hinein in die KPD!

Die kommunistischen Homburger hatten ein Rundschreiben des DMV in die Hände bekommen, das jedem Betriebsrat und Funktionär bekannt war und Mitteilungen enthielt, die für jeden Funktionär Aufklärung über die Organisationsverhältnisse brachte. In dem Rundschreiben erblickten die Kommunisten einen Verrat der „Reformisten“. Obwohl der Schiedsspruch erst am 30. Januar 1931 gefällt und am 14. Februar für verbindlich erklärt wurde, wollten die Kommunisten schon vier Monate vorher wissen, daß die Gewerkschaftsführer mit den Metallindustriellen geheime Abmachungen getroffen und Verrat geübt hätten. Der Metallarbeiter-Verband und die beiden Geschäftsführer Schäfer und Brumme stellten Strafanzug gegen den verantwortlichen Schriftleiter, den Reichstagsabgeordneten Ernst Schneller, Berlin. Dieser konnte für jede KPD-Zeitung verantwortlich zeichnen, weil er sich in seiner Immunität sicher fühlte. Als der Reichstag die Immunität aufhob, konnte auch das Strafverfahren gegen Schneller durchgeführt werden.

Das KPD-Blatt kündigte nun an, daß es ihr etwas Leichtes sei, den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Aber weder Schneller noch sein Verteidiger waren zur Verhandlung erschienen. Der Rechtsanwalt der Kläger beantragte eine empfindliche Strafe für Schneller. Das Gericht verurteilte Schneller wegen öffentlicher Beleidigung und fortgesetzter Verleumdung zu 150 M Geldstrafe, ersatzweise 15 Tage Gefängnis. Auch hat der Beklagte die gesamten Kosten einschließlich der Auslagen der Privatkläger zu tragen.

In der Urteilsbegründung wird ausdrücklich festgestellt, daß auch nicht der geringste Beweis für die aufgestellten Behauptungen erbracht wurde. Die Artikel waren böswillige Erfindungen, um Angestellte der Arbeiterschaft in den Augen der Arbeiter zu verächtlichen und pündlos herabzusetzen.

Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750 - 6753

Mit Sonntag, dem 28. Juni, ist der 27. Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. Juni bis 4. Juli 1931 fällig.

Zur Beachtung für reisende Mitglieder

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit + bezeichneten Verwaltungsstellen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenk besteht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenk durch die Verwaltungsstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsstellen wo im Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird nicht bezahlt“, ist das Aufsuchen des Kassierers, weil zwecklos, zu unterlassen.

Der Vorstand des Holländischen Metallarbeiter-Verbandes Amsterdam bittet uns, unsere Mitglieder davon zu unterrichten, daß in Holland die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten ganz außerordentlich zugenommen hat. Es sei deshalb nicht die geringste Aussicht für ausländische Kollegen, in Holland Arbeit zu bekommen. Die holländische Bruderorganisation kann künftig Reiseunterstützung an die zureisenden deutschen Kollegen nicht mehr zahlen.

Wir raten unseren Mitgliedern dringend, diese Warnung zu beachten.

Aufforderung zur Rechtfertigung!

Die nachbenannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungsstellen, denen die Adresse der Aufgeforderten bekannt ist, wollen diese an den Vorstand melden. Das Mitgliedsbuch ist an den Vorstand einzusenden.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin:

Der Bauanschläger Hermann Schleicher, geb. am 2. Dezember 1887 zu Friedrichsfelde, Mitgliedsbuch Nr. 6533937, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Der Schlosser Heinrich Habel, geb. am 11. Februar 1897 zu Frankfurt a. M. Mitgliedsbuch Nr. 5991665, wegen unkollegialen Verhaltens.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Verbandsanzeigen

Heinz Wüstenberg, Klempner und Installateur (Mitgliedsnummer 6555356), wird gebeten, seine Adresse an die Verwaltungsstelle unseres Verbandes in Zeitz, Donalisstraße 12, zu senden, da eine Nachuntersuchung seines Unfalles angeordnet ist.

Pößneck, Lokalgeschenk wird nicht mehr bezahlt, Aufsuchen des Kassiers daher zwecklos.

Gewerkschafts-Internationale in Berlin

Vom 1. Juli an ist der Sitz des Internationalen Gewerkschafts-Bundes in Berlin. Seine Anschrift ist dann: Berlin SO 16, Köpenicker Straße 113.

An diese Stelle sind vom 1. Juli ab alle Sendungen zu richten.

Aus dem Ruhrgebiet

Vorschlagsliste der freien Gewerkschaften zur Arbeitskammerwahl

Für die am 9. Juli stattfindende Arbeitskammerwahl ist vom Verband der Bergbauindustriearbeiter für die freien Gewerkschaften nachstehende Vorschlagsliste (von der wir hier nur die ersten 18 Kandidaten bringen) eingereicht worden und erhielt die

Nummer 1:

1. Markus Troil, Gewerkschaftsangestellter, Bochum.
2. Wilhelm Plewka, Hauer, Gelsenkirchen.
3. Martin Plum, Hauer, Essen-Schonnebeck.
4. Julius Rosemann, Gewerkschaftsangestellter, Hamm.
5. Franz Böhm, Kokereiarbeiter, Hamborn.
6. Heiner Manekeller, Gewerkschaftsangestellter, Castrop.
7. Otto Schulenberg, Hauer, Rheinhausen.
8. Karl Dickhöfner, Hauer, Schanze 93, b. Löttringhausen.
9. Gustav Hegenberg, Hauer, Witten-Bommern.
10. Friedrich Korn, Hauer, Dortmund-Eving.
11. Hermann Habel, Hauer, Bochum-Hordel.
12. Ang. Schlemmer, Gewerkschaftsang., Recklinghausen I.
13. Hermann Weiß, Gewerkschaftsangestellter, Lünen.
14. Max Steuer, Schlosser, Bochum-Altenbochum.
15. Hermann Manthey, Hauer, Bottrop-Welheim.
16. Alfred Rosenberg, Gewerkschaftsang., Dortmund I.
17. Heinrich Freiburg, Hauer, Mülheim-Ruhr.
18. Heinrich Wiesemann, Hauer, Essen-Wast.

Die Reihenfolge der Vorschlagsliste ist durch die Bezirkskommission bestimmt worden. Sie ging von dem Grundsatz aus, daß die Arbeiter von unten sowie die von oben Tage auf der Vorschlagsliste entsprechende Berücksichtigung finden. Auch sollten die Erfahrungen der Gewerkschaftsangestellten der Arbeitskammer nutzbar gemacht werden, dabei sollten jedoch die im Arbeitsverhältnis stehenden Kameraden auf der Vorschlagsliste nicht benachteiligt werden. Erwähnt sei noch, daß die Tagesarbeiter durch die Kameraden Böhm (Kokereiarbeiter), Steuer (Metallarbeiter) und Rosenberg (Heizer und Maschinisten) vertreten sind.

Jeder freie Gewerkschafter wirbt für die Liste Nr. 1.

Ein deutsch-französisches Problem

Die Aufgabe der Gewerkschaften

Das lothringisch-luxemburgische Erzbecken, das seine natürliche wirtschaftliche Ergänzung hat in dem lothringisch-saarländischen und dem rheinisch-westfälischen Kohlenbecken (wenn die deutschen Schwerindustriellen auch aus politischen Gründen gegenwärtig sich an das schwedische Erz gebunden haben), beschäftigt in normalen Zeiten etwa 200 000 Arbeiter. Die Mehrzahl dieser Arbeiter wird aus dem Ausland hergeholt. Polen, Italiener, Jugoslawen bilden das Gros der Ausländer. Man findet aber auch Kolonien von Portugiesen, Spaniern, Griechen, Ungarn, Rumänen, Tschechoslowaken, Marokkanern, Algeriern. In kleineren Gruppen sind so ziemlich alle anderen Nationen Europas vertreten, von den Asiaten und Afrikanern ganz abgesehen.

In Luxemburg und dem früheren Elsaß-Lothringen — hier vornehmlich im Kohlenbergbau, im Baugewerbe und als sogenannte Reparationsarbeiter bei Kanalbauten — bilden auch die Reichsdeutschen eine große Gruppe. Im Kernrevier des Erzbeckens, im Becken von Briey-Longwy, jedoch findet man Deutsche gegenwärtig nur bei Montagearbeiten, sonst ganz vereinzelt. Vor dem Kriege bildeten die Deutschen hier eine der großen Ausländergruppen. Obwohl inzwischen die Zahl der Arbeiter sich erhöht hat und der benachbarte deutsche Arbeiter zweifellos weit leistungsfähiger ist als die von weither geholten Rumänen, Griechen, Portugiesen usw., sind die deutschen Arbeiter so gut wie verschwunden.

Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß der Krieg die eigentliche Ursache dieser Umschichtung ist. Immerhin sind seit Kriegsende bald 13 Jahre verflossen. Zwischen Deutschland und Frankreich ist inzwischen das Abkommen von Locarno abgeschlossen worden, ja, es gibt sogar ein deutsch-französisches Abkommen zur Unterbringung deutscher Arbeitskräfte in Frankreich. Ich meine nicht das Abkommen, das den Austausch von je 500 jungen Arbeitern und Angestellten betrifft, sondern ein Abkommen, dessen Text in Deutschland merkwürdigerweise nie veröffentlicht worden ist und das das Arbeitsamt in Kehl zur Zentralsammelstelle nicht nur für die sogenannten Grenzgänger macht, sondern auch für Vermittlung von deutschen Arbeitskräften nach ganz Frankreich. Mag der Apparat, der da aufgezogen wurde auch etwas schwerfällig sein, es ist zweifellos, daß die Zahl der nach Frankreich vermittelten Arbeitskräfte eine ungleich größere sein würde, als wie es bisher war, wenn dieser, man kann sagen, Geheimvertrag so angewendet würde, wie es das wirtschaftliche Bedürfnis beider Länder erfordert — ganz abgesehen von dem bei feierlichen Anlässen angerufenen Geist von Locarno.

Das Problem der Vermittlung deutscher Arbeitskräfte nach dem lothringisch-luxemburgischen Erzbecken — und im weiteren Sinne nach Frankreich überhaupt — ist ein anderes. Im Herbst 1930 hatte ich Gelegenheit, mit Unterstützung des IGB, der luxemburgischen und französischen Gewerkschaften, das Erzbecken zu besichtigen. Dabei habe ich die bedauerliche Tatsache feststellen müssen, daß die übergroße Mehrzahl der in Lothringen arbeitenden Deutschen — die sogenannten Reparationsarbeiter ausgenommen — gewerkschaftlich nicht organisiert sind. Übereinstimmend wurde mir von allen Gewerkschaften dagegen versichert, daß die Österreicher fast restlos organisiert seien. Dies wird darauf zurückgeführt, daß zwischen den österreichischen und den französischen Gewerkschaften ein enges Zusammenarbeiten besteht. Jeder angeworbene Arbeiter erhält die genaue Adresse der französischen Gewerkschaftsstelle,

bei der er sich zu melden hat, wie dieser auch die Ankunft von Österreich aus angezeigt wird.

Ein solches Zusammenarbeiten fehlt zwischen den deutschen und den französischen Gewerkschaften. Die Gewerkschaften müßten unschwer in der Lage sein, bei Vermittlung von Arbeitskräften nach Frankreich ähnlich vorzugehen, wie es in Österreich geschieht. Der größte Teil der in Luxemburg, dem früheren Elsaß-Lothringen (die jetzigen französischen Departements Haut-Rhin, Bas-Rhin und Moselle) und dem Departement Meurthe-et-Moselle (das Erzbecken Briey-Longwy) gehört zwar nicht formell, aber faktisch in die Gruppe der Grenzgänger. In mehr oder weniger langen Abständen — täglich, wöchentlich, vierzehntäglich oder vierwöchentlich — fahren diese Arbeiter in ihre Heimat, wo sie ihren Wohnsitz und ihre Familie haben. Man sollte nun meinen, daß dadurch eine doppelte Kontrolle über die gewerkschaftliche Zugehörigkeit ausgeübt würde. Tatsächlich erscheinen diese Arbeiter in Frankreich als eigentlich deutsche, in Deutschland als „französische“ Arbeiter.

Die Kontrolle schon bei der Arbeitsvermittlung ist notwendig, genügt aber nicht. Es ist bekannt, daß in Frankreich die Gewerkschaftsbeiträge niedrig, die Leistungen demzufolge gering sind. Der Bauarbeiterverband Frankreichs hat daher mit dem Deutschen Bauergewerksbund einen Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen, wonach die Mitglieder des letzteren, wenn sie in Elsaß-Lothringen arbeiten und in Deutschland ihren Wohnsitz haben, von der zuständigen französischen Ortsgruppe eine Ausweiskarte ausgestellt erhalten, jedoch Mitglied ihrer deutschen Organisation bleiben und an diese, entsprechend ihrem Lohn, die Beiträge entrichten. Der Bauergewerksbund zahlt hiervon an den französischen Verband für jeden Beitrag 1,50 Fr. (25 Pf.), wogegen dieser den allgemeinen Schutz der Mitglieder übernimmt. Der Deutsche Bauergewerksbund übernimmt außerdem die Kosten eines Sekretariats in Elsaß-Lothringen, das von der französischen Organisation errichtet wird und das neben der allgemeinen Agitations- und Organisationsarbeit besonders den deutschen Mitgliedern als Beratungsstelle dienen soll, sowie als Zahlstelle zur Entgegennahme der Beiträge.

Es wäre sehr zu wünschen, wenn ähnliche Verträge zwischen den Verbänden der Berg- und Metallarbeiter Frankreichs und Deutschlands abgeschlossen würden. Notwendig wäre allerdings, daß diese Verträge auch auf das Departement Meurthe-et-Moselle, allenfalls sogar auch auf Luxemburg ausgedehnt werden. (Ganz allgemein wäre dies von allen Grenzgebieten mit Industrierevieren zu sagen.) Sowohl die bezirklichen wie die zentralen Vertreter der zuständigen französischen Verbände haben ihre Bereitwilligkeit zum Abschluß solcher Abkommen erklärt.

Der IGB hat die Ernennung von zwei Sekretären für das luxemburgisch-lothringische Erzbecken beschlossen. Soll es sich nicht um einen Versuch mit zwar kostspieligen, aber untauglichen Mitteln handeln, dann ist die Mitarbeit der Heimatsorganisationen der dort beschäftigten Arbeiter unbedingt erforderlich. Die Arbeiter müssen mit dieser verbunden bleiben — oder werden. Die zweite Voraussetzung ist die tatkräftige Mitarbeit der Sozialistischen Partei Frankreichs. Die unbeschränkte politische Herrschaft des Unternehmertums in Ostfrankreich muß erst gebrochen werden — und dies ist in jenen Bezirken nicht allzu schwer —, wenn die Sicherheit und Existenz der ausländischen (und der französischen) Arbeiter gewährleistet werden soll.

J. Steiner-Jullien

verschlimmert hatte, wird sich kaufen bessern können, eher ist eine Stabilisierung der Krise auf Jahre hinaus zu erwarten.

Gegenwärtig befinden sich etwa 100 Hochöfen in Rußland (1913 waren es 136), außerdem stehen 200 Martinöfen (1913: 204) im Betrieb. Die wichtigsten Hütten, unter Angabe der Produktion am Beginn und am Ende des Jahrzehntes, d. h. nach ihrem Ausbau, sind die folgenden: Petrowsky (467 000 und 825 000 t); Dzerzinski (426 000 und 850 000 t); Stalin (303 000 und 560 000 Tonnen); Woroschilow (228 000 und 545 000 t). In allen Hütten wurden im Jahre 1930 neue Hochöfen aufgestellt, meist mit Tagesproduktionen von je 550 bis 600 t Roh-eisen, sowie Martinöfen mit einer Tagesleistung von 100 bis 150 t Stahl, während noch vor wenigen Jahren die meisten Eisenwerke Rußlands — und viele von ihnen auch noch heute — Anlagen von nur wenigen Tonnen Tagesleistung besaßen. Die neu geplanten Großhütten werden mit Hochöfen amerikanischer Konstruktion ausgestattet sein, die 900 bis 1000 t Roheisen, und mit neuesten Martinöfen, die zumindest 100 t Stahl je Tag liefern können. Selbstredend ist auch vorgesehen, daß die Bedienung dieser Öfen ausschließlich auf mechanischem Wege erfolgt.

Das Magnitogorsker Hüttenwerk, das eine amerikanische Firma im Ural errichtet, wird das zweitgrößte der Welt sein. Der Bau wurde 1929 begonnen, heuer wird der erste Hochofen, 1933 das ganze Werk in Betrieb gesetzt. Die Fördermenge soll 2,6 Millionen t Roheisen je Jahr betragen. Die Rohstoffe werden von Magnitnaja (Magnetberg), dessen Vorräte auf 275 Millionen t 62prozentiges Erz geschätzt werden, und vom Kusnetzker Kohlenrevier herbeigeschafft. Die Erzvorräte sind in Anbetracht der gewaltigen Ausmaße des Hüttenwerkes nicht besonders groß, überdies besteht die Gefahr, daß die Kohlenversorgung nicht immer klappen wird, denn der Weg von Sibirien nach dem Ural ist gut 2000 km lang.

Das Kusnetz-Hüttenwerk, das ebenfalls seit 1929 im sibirischen Kohlenrevier erbaut wird, bildet die Ergänzung zu dem erwähnten Magnitogorsker Werk, denn ihm fehlt die Erzbasis, die im Ural zu suchen ist. Diese Schwierigkeiten der beiden Hüttenwerke will man dadurch überwinden, daß sie in den Waggons, die die (hochwertige) Kohle von Sibirien nach dem Ural schaffen, das Erz vom Magnetberg nach dem Kusnetz-Hüttenwerk bringen. Sie freuen sich dabei über die auf solche Weise erzielbare Frachtermäßigung und schätzen dafür wohl die Gefahr der Verkehrsstörungen und der Erschöpfung der Lager zu wenig ein, die in diesem Falle natürlich gleich zwei Hüttenwerke betrifft. Das Kusnetzwerk wird jährlich 1 Million t Roheisen erblasen. Für die Industrialisierung Sibiriens ist dieses Hüttenwerk, das schon im nächsten Jahre, spätestens aber 1933 fertiggestellt sein soll, von sehr großer Bedeutung. Die Baukosten wurden mit 180 Millionen Rubel veranschlagt.

Das Kertschenski-Werk, auf der Halbinsel Kertsch seit 1926 erbaut und erst 1932 fertig werdend, wird nach Vollendung eine Leistung von 750 000 t besitzen. Es verfügt über eine nahegelegene Erzbasis, die nach neueren Untersuchungen aber nur 1,2 (und nicht wie früher angenommen 4) Milliarden Tonnen Erze führt. Die Kohle erhält die Hütte vorerst aus dem Donezbecken, später aus dem Tkwardeschel-Revier in Transkaukasien.

Abschließend wäre noch zu erwähnen, daß unter Anleitung der Firma Siemens & Halske im Kreise Kutais, Russisch-Armenien, mit der Errichtung eines Ferromanganwerkes begonnen wurde, das eine Leistungsfähigkeit von 150 000 t besitzen wird, und daß überdies bei Leningrad ein Spezialstahlwerk mit 700 000 t Jahresleistung im Bau steht, das für die Maschinenindustrie Rußlands von großem Werte sein wird, da Edelmetalle bisher zum größten Teile eingeführt werden mußten.

Die Eisenindustrie in Rußland

Notizen von einer Studienreise / Von Dipl.-Ing. Rudolf Seiden

Rußland befand sich nach dem Kriege in einer noch schlimmeren Lage als Deutschland, denn es hatte überhaupt keine Industrie, weil die wenigen größeren Betriebe, die es einst besaß, während seines Bürgerkrieges vernichtet worden waren; zudem hatte es in technischer Hinsicht fast gar keine Erfahrungen und war schließlich auch noch von der ganzen Welt abgeschlossen und boykottiert. Aber trotzdem hat es Rußland verstanden, sich wieder auf die Füße zu stellen, indem es aufmerksam die technischen Fortschritte in der Welt verfolgte und sich diese zunutze zu machen wußte. Und es ist Tatsache, daß wir heute in Rußland neuzeitlich eingerichtete Fabriken und die hervorragendsten ausländischen Fachleute antreffen können, die, freilich nur bei guter Entlohnung, ihre Erfahrungen in den Dienst des aufstrebenden Räterußlands stellen.

1913 war Rußland mit 5,5 vH an der Eisenproduktion der Welt beteiligt; es mußte überdies zumindest 10, in manchen Jahren sogar bis 20 vH seiner Erzeugung an Eisen einführen, um seinen Bedarf halbwegs zu decken. Im Jahre 1920 stand die russische Eisenindustrie eigentlich ganz still, sie lieferte nur mehr 3 vH jener Menge, die Rußland 1913 erzeugt hatte. Im Wirtschaftsjahre 1926/27 aber war sie bereits wieder in Entwicklung begriffen und produzierte immerhin schon 70 vH der Vorkriegserzeugung, andererseits aber war infolge stark gesteigerten Bedarfes an Eisen die Einfuhr auch viel mehr gesteigert worden. Der Fehlbetrag an Eisen ist dann in den folgenden Jahren noch weiter gewachsen. Obwohl die Inlandsproduktion stetig zugenommen hat, Rußland erzeugte im Wirtschaftsjahre:

	1928/29		1929/30		Sonderquartal 1930 (Oktober-Dezember)	
	Plan	Erzeugung	Plan	Erzeugung	Plan	Erzeugung
Roheisen	4450	4019	5500	4982	1500	1231
Stahl	5450	4720	6400	5552	1650	1469
Walzeisen	4200	3878	4800	4440	1400	1175

Hieraus geht hervor, daß die russische Hüttenindustrie bisher nie die planmäßig festgesetzten Mengen erreicht

hat (nicht zuletzt infolge Brennstoffmangels), daß aber die Produktionssteigerung von Jahr zu Jahr eine bedeutende ist und daß schon im Wirtschaftsjahre 1929/30 die Vorkriegserzeugung bedeutend überholt war, nämlich Roheisen um 18,2, Stahl um 30,7 und Walzeisen um 26,5 vH. Zu bemerken ist hier noch, daß die oben angeführten Planzahlen sich nicht auf den ursprünglichen Fünfjahrplan beziehen, sondern die jährlich aufs neue festgesetzten, gegenüber dem Fünfjahrplan wesentlich erhöhten „Kontrollziffern“ beinhalten. Die ersteren sind meist stark überholt worden.

In den Vereinigten Staaten erreichte die Eisenproduktion, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, schon im Jahre 1925 320, in Frankreich 208, in Deutschland 160 kg; im letzten Wirtschaftsjahre in Rußland erst 31 kg. Um ein Industriestaat zu werden, muß Rußland demnach seine Eisenindustrie, diesen wichtigsten Pfeiler, noch gewaltig ausbauen. Mit Hilfe der im Bau befindlichen und der geplanten Werke wird es aber vielleicht auch dieses Ziel erreichen.

Vor dem Kriege befand sich der Mittelpunkt der russischen Eisenindustrie im Ural und in der Ukraine. Gerade hier sind viele Werke in den Kriegs- und Nachkriegsjahren zerstört worden, manche so gründlich, daß sie gar nicht mehr hergestellt werden können. Die bisherige Produktionssteigerung ist aber trotzdem nur auf den Ausbau der alten Werke zurückzuführen, die demnach jetzt trotz Verringerung ihrer Anzahl mehr erzeugen. Es darf deshalb angenommen werden, daß die für die nächsten Jahre vorgesehenen gewaltigen Steigerungen der erzeugten Eisenmengen, die eben jetzt erst für das Jahr 1933 auf 17 Millionen Tonnen Roheisen, d. i. fünfmal mehr als 1927/28, erhöht wurde, annähernd erreicht werden können. Noch nie in der Geschichte der Weltwirtschaft hat sich ein Land in derart kurzer Zeit industrialisiert. Und diese Schnelligkeit, diese Steigerung der Fördermenge, kann natürlich auch nicht ohne Folge für die Gestaltung des Weltmarktes sein. Seine Lage, die sich ja schon 1930 sehr

Die 30-Stunden-Woche ausreichend

Im Laufe der Jahrzehnte konnte die Arbeitszeit von 16 auf 12, weiter auf 10 und schließlich auf 8 Stunden herabgesetzt werden. Die deutsche Gutachterkommission hält eine Wochenarbeitszeit von 40 Stunden für möglich. Der Internationale Gewerkschaftsbund ist ebenfalls für die 40-Stundenwoche. Die Frankfurter Zeitung bringt einen Vortrag des englischen Professors Thomas Oliver über das Maschinenzeitalter und seine Auswirkungen zum Ausdruck. Nachdem der Vortragende die Mechanisierung der Arbeit geschildert hat, schließt er:

„Wo führt uns diese Mechanisierung hin, und wie werden ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sein, wenn schließlich eine einzelne Maschine das leisten wird, wozu früher 30 oder 40 Arbeiter nötig waren? Es könnten wohl kaum soviel neue Industrien geschaffen werden, als nötig wären, um die große Masse von Arbeitskräften zu beschäftigen, die die Vervollkommnung der Technik überflüssig gemacht hat. Die meisten unserer heutigen gut eingerichteten gewerblichen Betriebe dürften wohl in der Lage sein, in 30 Stunden wöchentlicher Arbeit alles das, was zu verkaufen sie fähig sind, herzustellen. Und wenn dies der Fall wäre, welchen Vorteil hätte der Arbeiter dann noch von einer verlängerten Freizeit? Beschäftigungslosigkeit kann ermüdender sein als strenge Arbeit. Deshalb könnte leichtere Arbeit einen zweifelhaften Gewinn bedeuten. Weder Sport, Erholung, Lektüre könnten einen Ausgleich bieten für den Verlust des Gefühls gesunder Kraft; dies belebenden Einflusses, den die Arbeit verleiht. Falls die ungehemmte Entwicklung der Maschine eine solche übermäßige Ausdehnung der Freizeit mit sich bringen sollte, wäre schwer zu verstehen, wie dies der Höherentwicklung der Menschheit im allgemeinen dienen könnte. Und doch würde es voreilig sein, wollten wir mit unserer beschränkten Fähigkeit, die Ereignisse vorauszusehen, die Folgen prophezeien, die eine solche Veränderung der Dinge mit sich bringen würde. Nach welcher Seite der Waage der Fortschritt sich auch neigen mag, wir wollen den Glauben nicht verlieren, daß der Mensch die Fähigkeit besitzt, sich jeder höheren Entwicklung kommender Zeiten anzupassen.“

Auch Sir Thomas Oliver rechnet damit, daß die meisten unserer gut eingerichteten Betriebe in der Lage sind, in 30 Stunden wöchentlicher Arbeit ihre Aufträge zu erledigen. Der Arbeiter hätte dann einen großen Teil des Tages frei. Oliver befürchtet, daß diese große Freizeit, auch selbst, wenn sie durch Sport, Erholung und Lektüre ausgefüllt würde, keinen moralischen Nutzen für die Arbeiter bedeutet. Wir wollen uns darüber noch keine Gedanken machen, sondern sind davon überzeugt, daß es für die Arbeiterschaft einen großen Gewinn bedeutet, mehr Zeit für sich und ihre Familie zur Verfügung zu haben. Die Freizeit kann sogar sehr nützlich und wohltuend ausgenutzt werden.

Alles kann man mit Zahlen beweisen

Petterson geht zum Chef und bittet um eine kleine Lohnerhöhung. — „Arbeiten Sie wirklich soviel, daß eine Lohnerhöhung angemessen ist?“

„Ja, das kann ich bei aller Bescheidenheit behaupten. Ich arbeite wie ein Pferd.“

„Ja, wir wollen die Sache überlegen,“ sagt der Chef lächelnd. „Voriges Jahr war ein Schaltjahr, nicht wahr?“

„Ja.“

„Sie schlafen täglich acht Stunden?“

„Ja.“

„Das macht ein Drittel der ganzen Zeit aus, also 122 Tage, Rest 244 Tage.“

„Hm ja, das ist wohl richtig.“

„Außerdem haben Sie täglich acht Stunden Freizeit. Das macht im Jahre wiederum 122 Tage aus. Es bleiben also nur noch 122 Tage übrig.“

„Das kann ich nicht bestreiten.“

„Sonnabends arbeiten Sie nur einen halben Tag. Da gehen also wiederum 26 Tage ab und es bleiben nun noch 96 Tage.“

„Ja-a-a.“

„Sonntags arbeiten Sie überhaupt nicht. Dafür müssen wir doch auch 52 Tage abrechnen. Jetzt sind noch 44 Tage übrig.“

„Na ja, wenn man so rechnet.“

„Und 14 Tage Urlaub haben Sie doch auch gehabt.“

„Ja, die hatte ich.“

„Sehen Sie. Jetzt sind nur noch 30 Tage übrig, und von denen muß man doch auch noch die neun Festtage abrechnen. Rest 21 Tage.“

„Hm ja, hm — hm —“

„Außerdem waren Sie voriges Jahr fünf Tage krank. Bleiben 16 Tage.“

„J — — —“

„Jeden Tag hatten Sie eine Stunde Mittagspause. Das macht im Jahre 15 Tage aus. Ziehen Sie diese noch von dem letzten Rest ab, so bleibt noch — ein Tag, summa summarum ein Tag. Und nun passen Sie auf. Das war der 1. Mai, wo Sie auch nicht gearbeitet haben. Also sehen Sie, mein bester Herr Petterson, Sie können wirklich froh sein, daß wir voriges Jahr ein Schaltjahr hatten. Sonst müßten Sie wahrhaftig der Firma noch für den einen Tag Geld mitbringen.“

(Aus Metallarbeitern.)

Erhebung über das Arbeiten an Schreibmaschinen. 1. Heft der sozialhygienischen Schriften des Allgemeinen freien Arbeiterbundes. Freier Volksverlag GmbH, Berlin NW 40, Werftstraße 7. Preis 1,25 M, für organisierte Mitglieder 80 Pf. Hier wird das gesamte Gebiet der Maschinenarbeit behandelt; außer der technischen und betriebsorganisatorischen Seite wird auch die medizinische und personelle Seite erörtert.

Röntgenstrahlen und Struktur der Materie. Von Dr. H. Kulenkampff. Schriftenreihe „Deutsches Museum, Abhandlungen und Berichte“, 3. Jahrgang, Heft 2. Berlin 1931, VDI-Verlag, Berlin NW 7. Broschiert 1 M.

Installation von Zentral-Heizungsanlagen. Von Alfred Nauck. Verlagsbuchhandlung Dr. Max Jänecke, Leipzig. Preis 5,70 M. Das Buch ist mit 99 Abbildungen versehen. Der Verfasser hat in seinem Werk eine jahrzehntelange Praxis als Heizungsfachmann niedergelegt. Die Darlegungen sind der Praxis entnommen und wieder für die Praxis bestimmt.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart, Schriftleiter Lothar Erdmann. Heft 5, 1931. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mbH, Berlin S 14, Inselstraße 6a. Abonnementspreis vierteljährlich 3,60 M, für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 M.

Kulturwille. Monatsblätter für Kultur der Arbeiterschaft. Aus Anlaß des Parteitag der SPD in Leipzig als Sonderheft herausgegeben. Das Heft kostet vierteljährlich 1 M. Es kann bei allen Postanstalten und Buchhandlungen bestellt werden. Einzelnummer 40 Pf. Verlag der Leipziger Buchdruckerei AG, Leipzig C 1, Tauchaer Straße, Abteilung Buchverlag.

SCHRIFTENSCHAU

Tabellen für Jedermann. Von Arthur Wagner. Preis 1 M und 15 Pf. Porto. Verlag: Gebrüder Jänecke, Hannover. Die für das tägliche Leben wichtigen Rechenarten, Multiplikations-, Zinseszins-, Renten-, Amortisationstabellen, ferner Berechnungszusammenstellungen für Steuern, Sozialversicherungen, Arbeitslosenversicherungen usw. sind hier sachgemäß zusammengetragen und übersichtlich geordnet.

Wegweiser durch die Krankenversicherung. Preis 30 Pf. Bei Mehrbezug Ermäßigung. Verlagsgesellschaft Deutscher Krankenkassen mbH, Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137.

Glauben Sie wirklich



dass die bisher gerauchte Zigarette nicht zu ersetzen sei, wenn Ihnen jetzt der Preis dafür zu hoch erscheint? Kaufen Sie einmal Greiling Schwarz Weiss, aber denken Sie nicht daran, dass die Packung nur 40 Pfennig kostet, damit Sie sich nicht selbst einreden, diese Zigarette müsse schlechter sein, weil sie billiger ist. Lassen Sie auch Schwarz Weiss und eine der bisher gewählten Zigaretten, beide mit verdecktem Aufdruck, durch einen passionierten Raucher prüfen. Sie erhalten dadurch ein unparteiisches Urteil und werden überrascht sein, wie schwierig es ist, die billige Schwarz Weiss herauszufinden. Nach dieser Prüfung werden Sie zugeben: die Zigarettenfrage ist gelöst durch den Qualitätsvorsprung der

Schwarz Weiss Gold und dick-rund o.M.

Wer sich über die Lebensverhältnisse der Arbeiter in Sowjet-Rußland informieren will, lese das Buch

»Alltag im Sowjetstaat«

Organisationspreis 1,95 M. Zu beziehen durch alle Vertriebsstellen Verlagsgesellschaft des D-M-V

Knoblauchsaft

Der ist in Sibirien...
 Knoblauchsaft...
 ...

Billige böhmische Bettfedern

— Nur reine gefüllende Sorten —
 Ein kg geschlossene Mk. 2,50
 halbwolle Mk. 3, —, weiße Mk. 4, —
 bessere Mk. 5, —, —, —, —, —, —
 Mk. 7, —, 8, —, beste Sorte Mk. 10, —
 12, —, weiße geschlossene, Kapfede-
 Mk. 6,50, 7,50, beste Sorte Mk. 9,50
 Versand franco zahlbar, gegen Nachn.
 Muster frei, Umzuschick an Rücknahme gestattet.
 Rosenhüt Sackel, Lobes 34, bei Pilsen, Böhmen

Elektromeister- und Radioschule

Prospekt 8 frei, Berlin-Wilmersdorf, Wilmersdamm 5 d

Alle notwendigen Arbeitsanzüge direkt von der Fabrik
 Prima Hemdchen, der Ärmel RM 5,50, 5,10
 Prima Dreil oder Körper RM 4,90, 4,50
 Rock oder Hose die Hälfte. Ganzw. wasch-
 echt u. beste Qualität. Gegen Nachnahme
 Verpackung frei; ab RM 20, — kostenlos. Bei
 Nichterlösen Geld zurück. Aus Wunsch
 Musterproben mit Preisliste.
 Margler & Co., Industriest. 14, Wilmersdorf

Für Ginnacholäser
Breuer's Salizyl-Pergament

Kropf

Drüsen-
 schwellung, -Klost.
 Indersdorf, Kropfbalsam
 ist bewährt u. empfohlen
 I.F.L.S. Kloster-Apotheke
 Kloster Indersdorf 27 Böhmen

Wilhelm Pahr

Berufskleidung
 1022
 Berlin, Brunnenstr. 78

ESU-Betten

Stahl- u. Holzschichten
 Kinderbett, -Couchette,
 Polster, Stahlstrahl, an
 jeden Teils. Kat. 4 Pf.
 Preisverzeichnisse gratis

Alle Metallarbeiter die sich auf technischem Gebiete weiter fortbilden wollen, lesen die „ENERGIE“

Gegen üblen Mundgeruch

Ich will nicht veräümen, Ihnen Mitteilung zu machen, daß ich seit dem Gebrauch Ihrer Zahnpaste „Chlorodont“ nicht nur reinere, weiße Zähne habe, sondern auch den bei mir sonst üblichen Mundgeruch verloren habe. Ich werde Ihr Chlorodont auf alle Fälle empfehlen. G. G., Mainz. Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 54 Pf. und 90 Pf., und weiße jeden Erfolg dafür garantiert.

Bücher und Broschüren aller Art

liefert zu verbilligten Preisen durch die Verwaltungsstellen unseres Verbandes • Verlagsgesellschaft des D-M-V G.m.b.H., Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148-155

Sonderangebot in Berufskleidung

Nr. 51 Blaue Arbeitsjacke mit Stehkragen, zwei Taschen, aus bestem, tauglichem Baumwoll, schwarze Sorte 2,75
 Nr. 52 Blaue Korpjacker mit Stehkragen, zwei Taschen, aus extra starkem, indigo-echtem Blau-überdrell 3,35
 Nr. 54 Blaue Korpjacker mit Umlegekragen, eine Brusttasche, zwei Seitentaschen, extra starker, indigo-echt Blau-überdrell 3,75
 Passende Hosen zum gleichen Preis. Bei Nachnahme ab RM 10, — ab RM 20, — franco. Ohne Zwischenhandel, direkt durch

Wäschefabrik Ansbach 19 (Mittelfr.)

Gegen Hornhaut

Hilfsmittel, verleiht Geschmeidigkeit an Händen und Füßen bei sehr „Prolla“ als tauberstes und bequemstes Mittel zur gründlichen Beseitigung aller harten Haut-Abwagerungen bestens bewährt. Bedingung für wirksamen Gebrauch: mit genauer Gebrauchsanweisung 60 Pf. In allen Geschäften...
 Paul Lange, Berlin SW 11